

Politische Berichte ★

Nummer 15 / 15. Jahrgang

28. Juli 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Balkan: Protektorat Mostar

Mit Koschnick als Verwalter wird die Stadt euro-deutsches Protektorat

Mit viel Pomp wurde am letzten Wochenende der Rückkehr der Deutschen auf dem Balkan gedacht. Gute 50 Jahre, nachdem Deutschland ohne Kriegserklärung die jugoslawische Hauptstadt Belgrad in Schutt und Asche gelegt hat, 50 Jahre, nachdem ein deutsches Terrorregime auch auf dem Balkan KZs und Massenerschießungen, Judenvernichtung und Partisanenbekämpfung praktizierte, wird ein Deutscher, der ehemalige Bremer Oberbürgermeister Hans Koschnick, EU-„Administrator“ der Stadt Mostar.

Mostar war in den vergangenen Monaten Symbol für den aggressiven Expansionsdrang der kroatischen Nationalisten. Nach dem Willen der bosnischen Kroaten sollte Mostar die kroatische Hauptstadt eines kroatischen bosnischen Staates werden. Dafür mußten aber die Interessen der in Mostar lebenden muslimischen Bosnier zurückgedrängt werden. Ein monatelanges Gemetzel zwischen den im Westteil der Stadt stationierten kroatischen und den auf dem anderen Ufer des Flusses Neretva gelegenen Ostteil der Stadt stationierten muslimischen Truppen war die Folge. Der Krieg endete mit einem Doppelerfolg für den kroatischen Präsi-

denten Tudjman. Zum einen konnte er sich seines stärksten Rivalen Mate Boban entledigen. Boban war Anführer der Kroatischen Bosnier und vertrat immer die Linie eines eigenständigen kroatischen Staates in Bosnien mit Mostar als Hauptstadt. Hätte sich Boban durchgesetzt, wäre er ein starker Konkurrent zu Tudjman geworden mit Avancen auf den kroatischen Präsidentenstuhl. Die militärischen Mißerfolge der Truppe Bobans nutzte die Gruppe um Tudjman, um Boban abzusetzen. Zum anderen hatte auch Boban und seine Politik für die politische und militärische Strategie der Tudjmangruppe keine Bedeutung mehr, seitdem es gelungen war, die Bosnier in der bosnisch-kroatischen Konföderation einzubinden und das kroatische Staatsgebiet damit quasi bis an die Grenzen Serbiens vorzuverlegen.

Dieses Bravourstück kroatischen Nationalismus, das wieder 50 Jahre zurücklädt, als der faschistische kroatische Ustaschastaat schon einmal so weit war, wäre ohne auswärtige Unterstützung nie möglich gewesen. Es war daher schon ein bezeichnendes Bild, das am Wochenende über die Bildschirme flammerte, als Außenminister

Kinkel schwankenden Fußes über eine Behelfsbrücke bei Mostar stolperte, gefolgt von niemand anderem als eben dem kroatischen Präsidenten Tudjman. Der Vasall und sein Herr fahren die Früchte ihres Sieges ein.

Pikant wird dieses Erlebnis durch eine dritte Person, die sich Kohl-haft aufgeblasen den zweien hinzugesellt: Hans Koschnick, der neue „Administrator“ der EU für Mostar. Seine Fähigkeit für diesen Posten wird damit begründet, daß er vor über 20 Jahren in Mostar über Probleme der jugoslawischen Arbeitnehmer in Deutschland verhandelt und daher „gute Einblicke in diese komplizierte Mentalität gewonnen hätte“ (FR, 25. Juli 1994).

Was sich nun in Mostar entwickelt, ist eine Protektoratszone des europäischen Imperialismus, die nun im Probelauf ähnliche Konstruktionen in anderen Ländern vorwegnehmen soll. Es bietet sich jetzt doch an, gleich ganz Ruanda in eine Protektoratsgebiet zu verwandeln und die Rekolonisation offen zu betreiben. Unter dem Denkmantel der „humanitären Aktion“ zieht die deutsche Sozialdemokratie hier gerne mit ins Feld. Der SPD-Mann Koschnick in Mostar ist da nur ein Anfang. — (hav)



HALIM DENER

Türkei verhindert würdiges Begräbnis

Der Todesschuß eines deutschen Polizisten auf den 16jährigen kurdischen Jugendlichen Halim Dener am 1. Juli 1994 war ein logischer Bestandteil der Eskalationskette, die von der Bundesregierung in Abstimmung mit der türkischen Regierung gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes in Gang gesetzt wurde. Die Verantwortung der deutschen offiziellen Stellen für den Tod des jungen Kurden ist also eindeutig gegeben.

Jetzt versuchen die türkischen Behörden mit beispiellosem Ignoranz gegenüber der Würde des Ermordeten und gegenüber der Trauer seiner Familie, eine angemessene Beerdigung von Halim Dener in seiner kurdischen Heimat zu verhindern. Dabei schreckten sie nicht davor zurück, den Leichnam Halim Deners unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen vom Flughafen Diyarbakır zu entführen und gleichzeitig zu verhindern, daß die Eltern des Jungen den Leichnam ausgehändigt bekommen. Trotz der Proteste der Familie wurde Halim Dener ohne jegliche Zeremonie von türkischen Sicherheitskräften beigesetzt.

Eine deutsche Begleitdelegation, die eben diese unwürdige Behandlung verhindern wollte, wurde auf jede erdenkliche Weise schikaniert. Den Teilnehmern der Delegation wurde die Begleitung des Leichnams vom Flughafen Diyarbakır abgeweigert und die Fahrt zum Begräbnisort von Halim Dener verwehrt.

Die Bundesregierung hat in dieser Situation die Verantwortung, alle ihre Einflußmöglichkeiten gegenüber den türkischen Behörden zu nutzen und eine würdevolle Beerdigung von Halim Dener in Anwesenheit seiner Familie einzufordern. Presseerklärung des Kurdistan-Informationsbüro (gekürzt), Köln, 22. Juli 1994

Bundesverwaltungsgericht hebt Vereinsverbote auf S. 3

Interview über die militärische Entwicklung in Kurdistan S. 7

Ruanda: der geheime Krieg

Die Konflikte in Ruanda wurden von den Imperialisten lange geschürt

Über die Hintergründe des Konflikts in Ruanda sind zur Zeit nur schwer Informationen zu bekommen. Es gibt Hinweise, daß die französische Regierung seit Monaten wußte, daß die Gardes des gestürzten Regimes und dessen Milizen ein Massaker vorbereiten, und daß dennoch die Waffen weiter geliefert wurden. Es gibt weiter Hinweise, daß ein (u.a. von Belgien) betriebener Radiosender, der jetzt immer noch aus der französischen „Schutzzone“ sendet, seit Monaten zu Pogromen gegen „die Tutsi“ aufstachelte. Über denselben Sender soll auch zur Massenflucht in die französische Schutzzone aufgerufen worden sein – einer Massenflucht, der die Truppen des gestürzten Regimes mit Gewalt nachgeholfen haben, um sich nach ihren Bluttaten in Sicherheit zu bringen und aus den exilierten Flüchtlingen künftig womöglich Rekruten zu pressen. Wir dokumentieren einen Bericht von Sabine Reul in der Zeitung „NOVO“: — (rül)

Am 6. April wurde der ruandische Präsident Juvenal Habyarima beim Lan-

deanflug auf Kigali mit SOL AIR-Raketen vom Himmel geschossen. Wenige Stunden später begann ein Kampf um Leben und Tod zwischen der Rebellenarmee Ruandische Patriotic Front (RPF) und den Regierungstruppen. Bilder blutgetränkter Leichenberge beherrschten seither die westliche Berichterstattung über die Ereignisse in Ruanda – unter fast vollständigem Verzicht auf Informationen über Hintergründe und Verlauf des Konflikts.

Die Konzentration auf grauenerregende physische Details – von Macheten bis zum Gestank fliegenumschwirrender Leichen – ist so total, daß das, was in Ruanda geschieht, nicht einmal mehr als Krieg erscheint. Ein bizarren Stammskonflikt hat, so scheint es, eine Orie-

gie des Mordens ausgelöst, die sich jeder rationalen Erklärung entzieht. Selbst sonst gut informierte Afrika-beobachter haben sich diese Interpretation der Ereignisse zu eigen gemacht. „Um die periodischen Massaker, die Ruanda und Burundi seit 1959 heimsuchen, zu verstehen, muß man fast 500 Jahre zurückgehen,“ meint beispiels-

weise New Afrikan (Juni 94, S. 12). Zwar räumen manche Kommentatoren ein, daß die Spaltung der ruandischen Gesellschaft etwas mit sechzig Jahren Kolonialherrschaft zu tun hat, in denen erst Deutschland, dann Belgien eine Tutsi-Elite als Partner in einem brutalen System der Ausbeutung und Unterdrückung einsetzten. Was den aktuellen Konflikt betrifft, gilt jedoch als erwiesen, daß er inneren ethnischen Spannungen entspringt. Die ruandische Bevölkerung, so scheint es, ist aus nicht nachvollziehbaren Gründen einem kollektiven Blutrausch verfallen.

Weiteres auf Seite 7.

Entnommen aus:

Zeitschrift „NOVO“
Alexander Horn-Verlag
Postfach 600843
Erscheint zweimonatlich.
Bezugspreis: 6 Ausgaben für 44 DM.

DIE POSITIONEN DES DGB

- Einbau eines verfassungsgemäßen Grundfreibetrages auf dem Niveau der Sozialhilfe in den Steuertarif; dadurch würden bis zu fünf Millionen Steuerpflichtige vollkommen von der Lohn- und Einkommensteuer befreit.
- Die Finanzierung der Erhöhung des Grundfreibetrages durch eine Neugestaltung des Einkommensteuertarifs, wobei der Spitzensteuersatz für einbehaltene gewerbliche Einkünfte niedriger sein kann als der Steuersatz für entnommene Gewin-

ne und andere Einkommensarten.

- 250 DM Kindergeld monatlich für jedes Kind; aufkommensneutrale Finanzierung durch Streichung der Kinderfreibeträge und Begrenzung des Ehegattensplittings.
- Ablehnung eines Familiensplittings, weil es kinderreiche Familien benachteiligt und sozial ebenso ungerecht wie das Ehegattensplitting ist.
- Die Kraftfahrzeugsteuer soll auf die Mineralölsteuer umgelegt werden.
- Die steuerliche Wohnungsbauförderung soll in einen einkommensun-

abhängigen, für alle gleichen Förderungsbetrag umgewandelt werden, der von der Steuerschuld abgezogen werden kann.

- Begrenzung der abzugsfähigen Schuldzinsen durch einen Lebenshöchstbetrag, der mit einem bestimmten Prozentsatz von der Steuerschuld abgesetzt werden kann.
- Streichung des „Dienstmädchenprivilegs“.
- Streichung der Möglichkeit des Schulgeldabzugs für Schulgeldzahlungen an Privatschulen.
- Anstelle der geltenden Berücksichtigung von Kosten für Fahrten

zwischen Wohnung und Arbeitsstätte soll eine Entfernungspauschale eingeführt werden.

- Für alle Auswärtsaktivitäten im Inland soll die pauschale Anerkennung von Verpflegungsmehraufwand einheitlich mit einem Satz erfolgen.
- Bei Dienstreisen von mehrtägiger Dauer soll es bei der erhöhten Mehrverpflegungspauschale bleiben. Darüber hinaus soll bei jeder Auswärtsaktivität die heute für Dienstreisen geltende Kilometerpauschale von 0,52 DM gelten.
- Der Progressionsvorbehalt für Lohnersatzleistungen soll entfallen.

Indirekte Steuern künftig noch höher?

Zur Debatte um die „Steuervereinfachung“ / DGB-Positionen bieten gewisse Haltepunkte

Die Debatte um die Reform des Steuerrechts ist im Wahljahr 1994 geprägt von Steuerentlastungsversprechungen der Parteien an ihre jeweilige Klientel. Dabei zeichnet sich mit erschreckender Deutlichkeit ab, daß die verfassungsgerichtliche Verordnung der steuerlichen Entlastung von Beziehern kleiner Einkommen, die Kinder zu versorgen haben, umgehend kompensiert oder überkompensiert werden soll. Die CDU forderte auf ihrem Parteitag im Februar, daß die direkten Steuern reduziert werden müßten und statt dessen der Konsum, „insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen“, stärker steuerlich belastet werde.

Durch die Erhöhung der indirekten Steuern werden die Bezieher kleiner Einkommen überproportional getroffen, weil ihr gesamtes Einkommen für den Konsum draufgeht und deshalb ihr gesamtes Einkommen der indirekten Steuer unterworfen wird; insbesondere werden von einer Erhöhung der indirekten Steuer auch gerade die Bevölke-

rungsteile getroffen, die mit Arbeitslosengeld oder -hilfe, Sozialhilfe, BAföG oder Rente ihr Leben fristen müssen und von der direkten Steuer verschont werden. Die ökologische Begründung



soll den Klassencharakter der indirekten Steuer verhüllen und Bündnispartner für einen Angriff auf die Bezieher niedriger Einkünfte erschließen. Die CDU findet sowohl bei der SPD wie bei den Grünen ein offenes Ohr.

Die indirekte Steuer bietet sich aber für eine noch weitergehende Entlastung des Kapitals an. Auf der Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) zur „Fi-

der Bundesanstalt für Arbeit, der Kranken- und der Rentenversicherung auf zusammen 100 Mrd. DM jährlich beliefen. Diese „versicherungsfremden Leistungen“ sollten zukünftig aus Steuermitteln bezahlt werden, dann könnten die Sozialversicherungsbeiträge um 9 Punkte auf ca. 30 Prozent gesenkt werden, der erforderlich größere Steuerbedarf von 100 Mrd. DM soll durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 7 Punkte auf 22 Prozent aufgebracht werden. Die Kapitalisten hätten 50 Mrd. Sozialversicherungsbeiträge gespart, für die arbeitende Bevölkerung aber würden die niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge durch die höhere Mehrwertsteuer mehr als kompensiert.

Während der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages zur Steuervereinfachung hat der DGB etliche wichtige Forderungen vorgetragen, die im Kasten dokumentiert sind. Eine deutlichere Ablehnung der indirekten Besteuerung wäre allerdings notwendig gewesen.

— (kar, aus: „Kritik und Widerstand“)

AKTUELL IN BONN

Kindergeld-Pläne

Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Grünwald (CDU), hat für den Fall eines Wahlsiegs der Regierungskoalition eine Anhebung des Kinderfreibetrags angekündigt. Dieser Freibetrag solle so angehoben werden, daß er „das Existenzminimum eines Kindes voll abdeckt“. Zahlen nannte der Staatssekretär nicht. Das Kindergeld soll dagegen nur noch „bedarfsoorientiert“ gezahlt werden. Der Kinderfreibetrag wirkt degressiv: Wer arm ist und deshalb wenig (direkte) Steuern zahlt, bekommt auch wenig „Kinderfreibetrag“ über die Steuer, wer hohe Einkommen versteuert, kann dagegen den Freibetrag voll „ausschöpfen“. So vage sich der Staatssekretär derzeit ausläßt, steht doch fest: Die Pläne der Regierung sollen in den oberen Einkommenszonen entlastend wirken, in den unteren Einkommenszonen soll der Druck weiter steigen.

Städetag gegen Waigel

Der Präsident des Deutschen Städtetags, der Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger, hat die Pläne von Finanzminister Waigel zur Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre kritisiert. Dies sei ein „Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung“ und „kommunalpolitisch verfehlt“. Waigel will nach eigenen Aussagen durch die

Befristung der Arbeitslosenhilfe bis 1995 im Bundesetat 4,3 Mrd. DM einsparen (die Arbeitslosenhilfe wird von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt, die Regierung überweist aus dem Bundeshaushalt entsprechende Zuschüsse an die BfA). Den Kommunen entstünden, so Burger, fast in gleicher Höhe Mehrkosten durch die bei Befristung der Arbeitslosenhilfe weiter steigende Sozialhilfe. Die Kommunen seien nicht die „Reservekasse des Bundes“ und würden sich mit allen Mitteln gegen diesen Griff in ihre Taschen wehren.

Private Job-Vermittler: netter Ärger

Die sogenannten „privaten Arbeitsvermittler“, die nach der Zulassung privater Arbeitsvermittlungen und der Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit auf einen Boom gehofft haben, melden Ärger. Ihr Bundesverband berichtet, noch vor dem Start der privaten Arbeitsvermittlung zum 1. August hätten 178 Firmen den Verband wieder verlassen. Das Gesetz hatte nämlich die Provision der privaten „Vermittler“ auf 12% eines Jahresgehalts, also immerhin ca. 1,5 Monatsgehalte, begrenzt. Damit, so der Verband, „lohne“ die Vermittlung nur noch bei Einkommen ab 7000 DM im Monat.

20. Juli Vorbild für Militärputsche?

Einem bemerkenswerten Beitrag zu

den Gedenkfeiern zum 20. Juli 1944 hat die Zeitung *Handelsblatt* am 20.7. Platz eingeräumt. Sie veröffentlichte einen Aufsatz von Prof. Kaltefleiter, Leiter des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Kiel, früher Konrad-Adenauer-Stiftung und fester Mitarbeiter bei Militärzeitschriften, in dem dieser den 20. Juli zum Anlaß nahm, um Militärputsche zu propagieren. In einer „wehrhaften Demokratie“ komme „den Streitkräften eine besondere Verantwortung zu“. Unter Hinweis auf die Türkei entwickelte Kaltefleiter dann den allgemeinen Grundsatz: „Selbstverständlich dürfen Streitkräfte nicht zum „Hüter der Verfassung“ werden, aber wenn demokratisch konzipierte Verfassungen nicht arbeitsfähig sind, kann ein Eingreifen des Militärs Schaden abwenden.“

Rentenbeitrag runter und rau

Mitte Juli hat das Bundeskabinett den Rentenversicherungsbericht von Arbeitsminister Blüm gebilligt. Bestandteil des Berichts ist eine Senkung des Rentenbeitrags ab 1. Januar 1995 von jetzt 19,2 auf dann 18,6 Prozent. Die Senkung wird nur von kurzer Dauer sein – spätestens 1996 soll der Beitrag wieder steigen. Mit der jetzt beschlossenen Senkung soll nur der Druck auf die Netto-löhne – ab 1.1.1995 kommt Waigels „Solidaritätszuschlag“ von 7,5% auf die Lohnsteuern und erstmals der Ab-

zug für die Pflegeversicherung – vorübergehend gemildert werden.

Mit NATO und Freihandel nach Osten

Die Bundesregierung nutzt ihre Präsidentschaft in der EU seit 1. Juli, um zügig die Staaten des Baltikums näher an die EU und damit auch an die BRD heranzuziehen. Am 18. Juli unterzeichneten im Beisein Kinkels in Brüssel Vertreter der baltischen Staaten „Freihandelsabkommen“ mit der EU. Bereits in den nächsten Wochen soll die EU-Kommission mit den drei Staaten Gespräche über eine Assoziation mit der EU aufnehmen, im September soll ein offizielles EU-Verhandlungsmandat für die Assoziierungsverhandlungen erteilt werden. Zugleich betreibt Verteidigungsminister Rühe die militärische Ausdehnung nach Osten: Zeitgleich mit der Unterzeichnung der Freihandelsabkommen kündigte er in Warschau an, er wolle sich dafür einsetzen, daß Polen bis zum Jahr 2000 Mitglied der NATO werde.

Was kommt demnächst?

In Bonn sind Bundesrat und Bundestag beide in der Sommerpause, die erst Anfang September enden soll. Neue Termine sind deshalb derzeit nicht bekannt. Am 11. September sind dann die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, am 25. September Landtagswahlen in Bayern.



Unter der Überschrift „Verbotsverfügungen gegen kurdische Vereinigungen teilweise ausgesetzt“ hat das Bundesverwaltungsgericht am 19. Juli mitgeteilt, daß es den Widersprüchen von 21 kurdischen Vereinen gegen den Vollzug der gegen sie verhängten Verbote insofern stattgegeben hat, daß der sofortige Vollzug der Verbote ausgesetzt ist.

Die Entscheidung ist ein Schlag gegen die Regierung. Denn auch die Entscheidung in der Hauptsache in diesen Verbotsverfahren ist absehbar. Das Gericht begründete die Aufhebung der Verbote damit, daß auch in der Hauptsache-Entscheidung die Verbotsverfügung der Bundesregierung voraussichtlich nicht aufrechterhalten werde. Beispielhaft dafür aus der Entscheidung betr. des „Kurdischen Frauenzentrum“ in Leverkusen: „Ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung eines Vereinsverbotes entfällt grundsätzlich dann, wenn die vom Antragsteller erhobene Klage gegen die Verbotsverfügung ... aller Voraussicht nach Erfolg haben wird. (...) Davon ist ... auszugehen.“

In 21 Städten müssen jetzt die Polizeikräfte wieder tätig werden und alles Mobiliar usw., das nach der Verhängung der Verbote in spektakulären Großeneinsätzen lastwagenweise beschlagnahmt worden war, den kurdischen Vereinen wieder zurückgegeben. Die Verbote gegen die PKK, die ERNK, FEYKA, das Kurdistan-Komitee, die Nachrichtenagentur Kurd-HA und den Berzwedan-Verlag bleiben. Die Polizeischikanen und Überfälle auf kurdische Vereine und Veranstaltungen werden weitergehen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat der Regierung eine deutliche Rüge wegen der Vereinsverbote erteilt, aber sie gleichzeitig von dem (berechtigten) Vorwurf zu befreien versucht, ihre Verfolgungspraxis richte sich gegen die gesamte kurdische Bevölkerungsgruppe in der BRD. Künftig werden die Sicherheitsorgane wieder häufiger behaupten, sie verfolgten nicht alle Kurddinnen und Kurden, sondern nur eine kleine, Gesetze brechende Minderheit. — (rül)

Kurdenverfolgung: Kanthers Konzept geht nicht durch! **Bundesverwaltungsgericht hebt das Verbot von 21 Vereinen wieder auf.**

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

Vereine sind keine „Teilorganisationen“

Das Bundesverwaltungsgericht hatte über die Anträge kurdischer Vereinigungen zu entscheiden, gegen sie erlassene Vereinsverbote einstweilen auszusetzen. (...)

Die Aussetzungsanträge des Dachverbandes der kurdischen Vereinigungen in Deutschland FEYKA sowie des Kurdistan-Komitees wurden abgelehnt. Nach dem Vereinsgesetz können Ausländervereine auch dann verboten werden, wenn sie durch politische Betätigung die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Diese Voraussetzungen hat das Bundesverwaltungsgericht nach einer im Aussetzungsverfahren gebotenen vorläufigen Prüfung bejaht und dazu ausgeführt: Nach dem vorgelegten Beweismaterial hätten PKK und ERNK in ihren Namen begangene Gewaltakte von Kurden in Deutschland organisiert, sich jedenfalls nicht von ihnen distanziert, sondern zum Anlaß für weitere Drohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland

und ihre Staatsorgane genommen. FEYKA und Kurdistan-Komitee hätten die PKK und die ERNK tatkräftig unterstützt und sich mit den ihnen zuzurechnenden Gewaltaktionen in Deutschland solidarisiert. Sie gefährdeten dadurch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, ohne daß es darauf ankomme, wie die mit der Gewaltanwendung oder -propagierung verfolgten Ziele zu beurteilen seien und ob möglicherweise sogar berechtigte Anliegen vertreten würden. Kein Staat brauche sich gefallen zu lassen, daß gewalttätige Auseinandersetzungen von Ausländern auf seinem Territorium ausgetragen werden. Der der FEYKA und dem Kurdistan-Komitee durch die sofortige Vollziehung des Verbots entstehende Nachteil ... sei danach auch bei Würdigung ihrer Vereinigungsfreiheit geringer zu bewerten als ein der Allgemeinheit durch derartige Aktivitäten drohender Schaden.

Den Aussetzungsanträgen von weiteren 21 regionalen kurdischen Vereinigungen wurde dagegen im wesentlichen stattgegeben. Das Bundesministerium des Innern hatte deren Verbot nicht auf die Erfüllung eines Verbotstatbestandes, insbesondere eine Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gestützt, sondern diese

Vereinigungen als Teilorganisationen der FEYKA angesehen und deswegen das Verbot der FEYKA auf sie erstreckt.

Eine Teilorganisation setzt nach dem Beschuß des Bundesverwaltungsgerichts eine Eingliederung in die verbotene Vereinigung durch Weisungsbundenheit, Überwachung und Lenkung voraus. Von einer derartigen Eingliederung könne bei den der FEYKA zugeordneten Vereinigungen nach vorläufiger Prüfung nicht ausgegangen werden.

Zwar habe die FEYKA eine genaue Reglementierung ihrer Mitgliedsvereine geplant. Sie habe sich jedoch mit ihren Vorstellungen nicht durchzusetzen vermocht. Unter diesen Umständen habe das Interesse dieser Vereinigungen, ihre Aktivitäten bis zur Entscheidung der Hauptsache fortsetzen zu dürfen, Vorrang. Eine andere Beurteilung sei bezüglich der Beschlagsnahme des Propagandamaterials der verbotenen PKK und ihrer Nebenorganisationen geboten. Hier überwiegt das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verbots.

(BVerwG 1 VR 10.93 u.a., Presseerklärung des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Juli 1994)

EIN ANWALT DER VEREINE

„Grundlegende Probleme nicht gelöst“

Das Bundesverwaltungsgericht hat ... die Verbotsverfügungen gegen kurdische Vereinigungen teilweise ausgesetzt.

Die überwältigende Mehrheit der verbotenen örtlichen Vereinigungen darf daher ihre Tätigkeit weiter durchführen. Für das Gericht überwogen die „Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verbotsverfügung“ von Bundesinnenminister Kanther, so daß die Kritik an den völlig überzogenen spektakulären Großeneinsätzen von Polizei, Sondereinsatzkommandos usw. vom letzten November nachträglich berechtigt erscheint.

Die Betätigungen für die Ziele der PKK und ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) bleiben aber vorerst weiter verboten. Die Verbotsverfügungen gegen die bundesweiten Vereinigungen FEYKA-Kurdistan und das Kurdistan-

Komitee e.V., Köln, wurden nicht ausgesetzt, da diese die PKK und die ERNK bei den in ihrem Namen begangenen Gewaltakten von Kurden in Deutschland tatkräftig unterstützt und sich mit den ihnen zuzurechnenden Gewaltaktionen in Deutschland solidarisiert, zumindest nicht von ihnen distanziert hätten. Sie gefährdeten dadurch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, ohne daß es darauf ankomme, wie die mit der Gewaltanwendung oder -Propagierung verfolgten Ziele zu beurteilen seien und ob möglicherweise sogar berechtigte Anliegen vertreten würden.

Damit werden die Konflikte zwischen den hier lebenden Kurden und bundesdeutschen Behörden bestehen bleiben, die auch für den Tod von Halim Dener mit verantwortlich waren, der bekanntlich in Hannover Plakate der ERNK geklebt hatte. Die Mehrheit der Kurden in der BRD unterstützen ebenso wie in Kurdistan den nationalen Befreiungskampf unter Führung der PKK, der nach einem Sachverständigengutachten des renommierten Völkerrechtlers Prof. Dr. Norman Paech im Sinne der UN-Resolutionen legitim ist und daher

nicht als ‚terroristisch‘ diffamiert werden darf.

Der Schlüssel zur Lösung der Konflikte liegt bei den westlichen Unterstützern der Türkei, allen voran der Bundesrepublik: Politischer und wirtschaftlicher Druck statt Militär- und Wirtschaftshilfe könnten die Türkei an den Verhandlungstisch bringen. Die türkischen Militärs und ihre Regierung haben das ‚PKK-Verbot‘ als Bestätigung ihrer Massaker an der kurdischen Bevölkerung unter dem Vorwand der ‚Terrorismus-Bekämpfung‘ verstanden.

Deshalb würde die Aufhebung des ‚PKK-Verbots‘ durch die Bundesrepublik auch die Konflikte in der Bundesrepublik entschärfen und der von der PKK seit langem geforderte beiderseitige Waffenstillstand unter internationaler Kontrolle auch die Fluchtsachen von Kurden aus der Türkei beseitigen. (Hannover / Bremen, den 22.7.1994)

Erklärung von Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz, Bremen, einem der Anwälte, die die kurdischen Vereine gegen die Verbotsbeschlüsse der Bundesregierung vertreten.

BUNDESINNENMINISTERIUM

„... hat das Verbot bestätigt ...“

„... hat das Bundesverwaltungsgericht heute den sofortigen Vollzug des Verbots (des) der PKK zuzurechnenden Dachverbandes der kurdischen Kulturvereine in Deutschland FEYKA-Kurd-

stan sowie des Kurdistan-Komitees bestätigt. (...)

Soweit das Gericht die Anträge regionaler FEYKA-Vereinigungen nicht verworfen hat, geschah dies ausdrücklich nach ‚vorläufiger Prüfung‘ vorbehaltlich der ‚Entscheidung der Hauptsache‘. Diese gilt es abzuwarten.

Mit seiner Entscheidung hat das Gericht die in der Verbotsverfügung festgestellte Verantwortung der PKK für die massiven und gewalttätigen Übergriffe ihrer Anhänger gegen türkische

Mitbürger und deren Einrichtungen bestätigt.

(...) Mit der PKK sympathisierende Kurden sollten die Entscheidung zum Anlaß nehmen, sich von der PKK und ihrem gesetzwidrigen Handeln in Deutschland zu distanzieren.“

Quelle: Erklärung des Sprechers des Bundesinnenministeriums Detlef Dauk, 19. Juli 1994 (von der Redaktion aus Platzgründen ungewöhnlich gekürzt)

Totalisierter Staat . . .

Mit seinem die BRD zur Kriegsführung ermächtigenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht endgültig einen politischen Grundkonsens der Nachkriegsgesellschaft zerbrochen, den nämlich, daß der Einsatz militärischer Gewalt höchstens zur Verteidigung zulässig sei. Gleich in seinen ersten Sätzen begibt sich das Gericht außerhalb der Verfassung: „Das Grundgesetz konnte in seiner ursprünglichen Fassung vom 23. Mai 1949 der Bundesrepublik Deutschland noch keine außen- und militärische Handlungsfreiheit sichern . . .“ Indem es die „außen- und militärische Handlungsfreiheit“, die in der Verfassung selbst gar nicht auftaucht, zum zentralen Grundwert erhebt, funktioniert es grundlegende Verfassungsbestimmungen um.

Aufgrund der Entartung des bürgerlichen Staates im Faschismus war die herrschende Klasse im westlichen Nachkriegsdeutschland genötigt, den Gedanken zuzulassen, den Staat durch den politischen Willen der Bevölkerung zu zügeln. Das war neu in Deutschland und schlägt sich auch im Grundgesetz noch nieder. Das Urteil zerreißt die Zügel.

Die zum Leitsatz erhobene „außen- und militärische Handlungsfreiheit“ meint erkennbar nicht die Freiheit, außen- und militärisch etwas lassen zu können: Bundesdeutsche wurden ja zu keinem Zeitpunkt etwa wie früher die Inder durch die Briten zum Dienst in fremden Kriegen genötigt. Nein, es geht um die Einschränkung der Außenpolitik, um die Freiheit zur Entfaltung der Macht, darum, internationale Beziehungen mit Militärgewalt gestalten zu können. Der Dreh mit der Freiheits-Forderung trennt die Außen- und Militärpolitik vom Verteidigungsgedanken, mit dem sie im Grundgesetz bisher noch verbunden war. Das Urteil hebt die die totale Machtausübung einschränkende Norm, mit der der Einsatz militärischer Gewalt an den Verteidigungsfall gebunden war, auf. Dahin hat die Praxis deutscher Außen- und Militärpolitik schon lange gedrängt, aber sie blieb dadurch behindert, daß sie militärische Gewalt aus der Situation von Notwehr, von Abwendung eines Angriffes begründen mußte und nicht begründen konnte. Das ist nun vorbei.

Das Urteil ist ein Ermächtigungsge- setz; es legitimiert den Staat zu gewalttätiger Außenpolitik. Damit führt es auch einen Seitenhieb gegen das im Grundgesetz immer noch anerkannte Widerstandsrecht der Bürger, das ohne jeden Zweifel im engen praktischen Zusammenhang mit dem Verbot von Angriffskriegen steht. Daß Kriegseinsätze zukünftig mit lediglich einfacher Parlamentsmehrheit beschlossen werden müssen, ist institutionell ein denkbar schwaches Hindernis — die Regierungsmehrheit geht in eigener Sache einfach zur Gewalt über.

Die Einbindung der BRD-Militärgewalt in Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit könnte womöglich als Einschränkung für die totale Machtausübung des deutschen Staates verstanden werden. Das ist aber unter keinem Gesichtspunkt der Fall.

Zum einen ermöglicht gerade diese Einordnung die Aufhebung der Verteidigungsbindung. Das Urteil ersetzt sie durch die Vorstellung des „peace keeping“, der „Krisen- und Konfliktbewältigung“, friedenserhaltender, friedenssichernder, friedensstiftender Maßnahmen. In dieser Vorstellung definieren und garantieren Staatenbünde — nicht nur die UNO oder die KSZE, sondern auch Nato und WEU — eine internationale Ordnung, ein internationales

Rechtssystem, durch das sie sich legitimieren, Verletzungen durch einen Staat oder auch in einem Staat festzustellen, zu sanktionieren und gegebenenfalls mit Gewalt rückgängig zu machen.

Es findet hier eine Verschiebung statt weg von der Anerkennung souveräner Staaten, die ihre internationalen Beziehungen regeln, hin zu einer Weltordnung, in der Staatenbünde Recht und Frieden stiften. Tatsächlich findet eine Selbstermächtigung von Staatenbünden statt, denen als Recht zugesprochen wird, was den einzelnen Staaten völkerrechtlich verboten ist: Frieden durch Angriff zu stiften.

Die BRD hatte — zum zweiten — der Nato nur beitreten können, weil diese laut Vertrag ein Verteidigungsbündnis ist. Das Urteil schildert musterhaft, wie ausschließlich die Exekutiven der Mitgliedsländer die Aufgaben der Nato in den letzten Jahren neu bestimmen und die Nato als Hüter des „Weltfriedens“ zum Angriffskrieg gegen ausgemachte Störer ermächtigen. Diese Selbstermächtigung der Regierungen der Mitgliedsländer zum „Verfassungsgeber“ der Nato wird durch keine Rückbindung an die gesetzgebenden Körperschaften der Mitgliedsstaaten eingeschränkt.

Die Klage der SPD gegen diesen Akt des Totalitarismus hat das Bundesverfassungsgericht bei Stimmengleichheit abgewiesen. Das Verfassungsgericht hat damit den Verfassungsgrundgesetz „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ (Art. 20) in einer wichtigen Frage verlassen und die alte Frage, wer die Wächter bewacht, neu aufgeworfen. Es legitimiert die Entwicklung zum Totalitarismus, die seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in der westlichen Welt beschleunigt stattfindet, ein Totalitarismus unter dem Vorwand des Weltfriedens, der als Gewaltausübung bei Abwesenheit von Widerstand verstanden wird. Nur durch diesen Dreh aber, die vorgebliebene Einschränkung der BRD durch Einbindung in Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit, verschafft das Bundesverfassungsgericht dem entfesselten Gewaltstreben des deutschen Staates die Legitimation.

Schließlich ist vor dem Irrtum zu warnen, daß die Einbindung in Staatenbünde in dieser Art von Welt wenigstens den Einstieg in Konfliktzüge der großen imperialistischen Mächte zu bremsen vermag.

In den konkreten Konflikten, in deren „Bewältigung“ durch Krieg die Nato ihre Aufgabe sieht, mischen durchweg äußere Mächte mit, oft sogar führend. Das zeigt gerade der jugoslawische Zerstörungskrieg.

Die imperialistische Weltwirtschaft schafft in den ihr ausgelieferten Ländern Interessengruppen, die sich nach den Kraftströmen in der Weltpolitik richten und sich in einer Welt internationaler Abhängigkeiten durch Beziehung auf auswärtige Mächte legitimiert sehen und nicht durch die Bevölkerung des Landes, in dem sie herrschen oder herrschen wollen. So läßt sich in den vielfältigen Konflikten auf dem Balkan etwa die Orientierung verschiedener Interessengruppen in verschiedenen Ländern auf verschiedene auswärtige Mächte beobachten. Ein direktes Eintragen der Nato in den Krieg wird unvermeidlich dazu führen, daß die dortigen Konflikte auf die Beziehungen innerhalb des Bündnisses zurückgeschlagen. Da eine Quelle des Krieges die Abhängigkeiten von auswärtigen Mächten ist, wird die Niederlage von ein oder mehreren Bürgerkriegsparteien politischen Einfluß der oder jener Macht in Scherben gehen lassen oder umgekehrt auf Kosten der anderen erhöhen.

Von der Volks- zur

„Zum Abschluß noch einige Worte zur PDS, weil hier einige Irritationen aus Sachsen-Anhalt wahlpolitisch von der CDU/CSU aufgeblasen werden. Wir lehnen neben dem Koalitionsantrag auch den Antrag der PDS ab, Gregor Gysi. Es mag zwar für die PDS sehr wichtig sein, daß Sie den Kampfgruppenhelm jetzt blau gefärbt aufs Grabkreuz hängen. Es ist für Ihre Partei vielleicht ganz wichtig, daß Sie diesen Schritt gegangen sind.“

Doch eine Rückkehr zur ausschließlichen Landesverteidigung verbaute den Weg zum Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems. Internationale Verantwortung verbietet nationale Beschränktheit. Zum mindesten sollte von

Karl Marx an der PDS hängengeblieben sein.“

(Der Abgeordnete Werner Schulz von Bündnis 90/Die Grünen in der Bundestags-sondersitzung am 22. Juli 1994. Das Protokoll vermerkt nach diesen Worten: „Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, CSU, der SPD und der F.D.P.“)



Karikatur: Steffen Jahsnowski

. . . und militarisierte Außenpolitik

Auch bisher verfügte deutsche Außenpolitik über Druckmittel. Abbruch von Kooperation, Sperrung von Märkten, gezielte kleine und große Gemeinheiten in internationalen Verträgen — das Repertoire ist umfangreich; die Möglichkeit der gezielten militärischen Erpressung aber hat darin gefehlt. Militärmacht der BRD gab es nur durch das Bündnissystem, gebrochen.

Das Nato-Bündnis hatte die Bestandsgarantie der Mitgliedsländer als einzigen Zweck. Diese Zwecksetzung war für die BRD als Frontstaat im kalten Krieg vorteilhaft. Jetzt, nach der Destabilisierung der Länder im östlichen Europa, ist diese Bindung von Militärmacht für die neue BRD ein Hemmnis, da sie ein System der abgestuften Einflußbildung nicht begünstigt.

Deswegen hat man den Bündniszweck der Nato von der Bestandsgarantie für Mitglieder weg zu sogenannten friedenssichernden und friedensstiftenden Maßnahmen hinverlagert. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Inhaltswandel mit 4 zu 4 Stimmen durchgehen lassen.

Diese neue politische Bestimmung der Nato ging gleichzeitig mit der jugoslawischen Destabilisierung. Unter der Fernwirkung der Waffen ballten sich Kräfte, die es — nach den inneren Verhältnissen geurteilt — nicht hätten wagen können, zu Bürgerkriegsparteien zusammen. Der politischen Fernwirkung von Waffen folgten die fernwirkenden Waffen auf dem Fuße. Die Flot-

ten, die die Meerzugänge des Operationsfeldes blockieren, die Luftüberwachung, die das gründliche Ausbluten ineinander verbissener Bodentruppen überschirmt.

Das oft so genannte Restjugoslawien konnte die Rolle einer Garantiemacht der serbischen Bevölkerungsgruppe auf dem Balkan kaum vermeiden. Konflikte mit Serben im heutigen Kroatien und Bosnien-Herzegowina eignen sich hervorragend für eine indirekte Kriegsführung gegen Restjugoslawien mit dem Ziel, es zu zerstören. Restjugoslawien bleibt ein Risiko, es hat immer noch die Möglichkeit, zu einem eigenen, nicht direkt vom imperialistischen Ausland abhängigen Entwicklungsweg zu finden. Die vollständige und irreparable Destabilisierung des Balkans setzt die Zerstörung des restjugoslawischen Staates voraus.

Zwischen den Armeen der freien Völker und Restjugoslawien liegen nach Westen und Nordwesten hin Gebirge und Meere. Es wird immer wieder diskutiert, daß die Unterwerfung der Serben von der Adria her fast unmöglich ist. Von den heutigen Verhältnissen aus gesehen wird Restjugoslawien aus allen anderen Richtungen von einem Kranz von Ländern gedeckt, die nicht Mitglied der Nato sind.

Die deutsche Militärmacht im Rahmen der Nato war auf die Fähigkeit ausgerichtet, über die östliche Landmasse hinweg vorzustoßen und im kombinierten Gefecht von Panzer- und Luftwaffe

Staatssouveränität

Antrag im Bundestag



Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag spricht sich für eine verfassungsrechtlich noch zu festzulegende militärische Selbstbeschränkung der Bundesrepublik Deutschland aus, die Bundeswehrreinsätze außer zur unmittelbaren Landesverteidigung ausschließt.
2. Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz der Bundeswehr im Zusammenhang mit den Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung des Adria-Embargos und des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina nicht zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich sämtliche in diesem Rahmen im Einsatz befindlichen Bundeswehrsoldaten zurück zu beordern.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die materiellen und finanziellen Unterstützungsleistungen für zivile Hilfsmaßnahmen in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien zu vervielfachen sowie für ein gesichertes und mindestens bis zum dauerhaften Ende jeglicher Kampfhandlungen befristetes Bleiberecht für alle Kriegsflüchtlinge und Deserteure aus allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien Sorge zu tragen.

Begründung:

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994

ist der bewaffnete Einsatz im Rahmen internationaler Militärinterventionen verfassungsrechtlich zulässig. Politisch ist eine solche Möglichkeit hingegen nicht wünschenswert und auch nicht erforderlich. Friedenspolitisch sind Militäreinsätze kontraproduktiv.

Sowohl aus den bekannten historischen Gründen als auch aus der Einsicht heraus, daß globale und regionale Konflikte nur politisch und auf friedlichem Wege, nicht jedoch durch Militäreinsätze gelöst werden können, sollte sich die BRD strikte militärische Zurückhaltung auferlegen und ihren Beitrag zur Friedenssicherung ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln leisten.

Die Bundesregierung selbst hat in ihren Reaktionen auf das Karlsruher Urteil betont, daß die Entscheidung des Verfassungsgerichts keineswegs eine Verpflichtung zur Teilnahme an Militäreinsätzen bedeute, und daß die „Kultur der Zurückhaltung“ nicht aufgegeben werden solle. Überdies hat sie in der Vergangenheit mehrfach betont, daß deutsche Militäreinsätze im ehemaligen Jugoslawien schon aus historischen Gründen nicht in Frage kämen.

(Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste vom 21. 7. 1994)

Armeen des Warschauer Paktes zu stellen und zu vernichten (Air/Land Battle). Die technische Wirkung des deutschen Militärpotentials hat sich mit dem Zerfall des Warschauer Paktes grundlegend verändert. Standen vorher die Aussichten für eine blutige Niederlage der Nato ganz real da, so gibt es heute im Osten bis auf die weit zurückgedrängte russische Armee keinen denkbaren Gegner mehr für die Bundeswehr. Die östlichen Nachbarn stehen unter dem militärischen Hochdruck der BRD, auf bündesrepublikanisch spricht man – vornehmer – von einem Machtvakuum ...

Militärotechnisch und -geographisch würden Waffen und logistische Möglichkeiten der BRD für einen Krieg gegen die Serben hervorragend stehen. Als Hemmnis stehen dazwischen politische Verhältnisse. Was man früher als Österreich-Ungarn bezeichnet hat, ist nicht ins Nato-Bündnis integriert. Würden diese Länder Vollmitglieder, so könnte die Handlungsfähigkeit des Bündnisses beeinträchtigt werden, zu untergeordneten Mächten bestimmt, würden sie allzuoft aufmucken. Sind sie nicht integriert, wirken sie als Pufferzone – ein Dilemma.

Die deutsche Politik löst dieses Dilemma, indem die KSZE im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausdrücklich als mögliche Legitimationsinstanz für Militäreinsätze bezeichnet wird. Das potenziert die deutsche Militärmacht politisch noch einmal. Nicht völlig glatt, denn es sind politische Beschlüsse der KSZE vorausgesetzt, aber die Möglichkeit, durch einfache inter-

nationale Beschlüsse die Waffen zum Tragen zu bringen, ist real geworden.

Sehr viele der Länder im östlichen Europa haben auf den Zerfall des Warschauer Paktes und die damit verbundene drückende militärische Überlegenheit v.a. der deutschen Armee mit der Forderung reagiert, es möge ihnen die Mitgliedschaft in der Nato zugestanden werden oder es möge die KSZE zu einem System kollektiver Sicherheit hin entwickelt werden.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Bindung der militärischen Macht der BRD an den Verteidigungszweck aufgelöst hat, werden derartige Schritte lediglich zu einem verstärkten Einfluß auswärtiger Mächte in den betroffenen Ländern führen und keineswegs zu deren Bestandsgarantie.

Kinkel kündigte im Bundestag übrigens bereits an, daß man eine KSZE-Mission in Nagorny-Karabach unter Beteiligung der Bundeswehr betreibe. Hier soll eine Tür geöffnet werden.

Wenn die PDS heute, wie um ihre Abteilung der konkret abzusegnenden Einsätze zu begründen, einen Rückbau der Verfassung der BRD auf den strikt ausgelegten Verteidigungsgedanken fordert, trifft sie damit einen wichtigen Punkt.

Die destabilisierende und aggressive Macht der neuen BRD läßt eine friedliche Ordnung in Europa nur zu, wenn es zu einer Selbstbindung kommt, d.h. wenn eine Bindung der Herrschaftspraktiken durch den politischen Grundkonsens der Bevölkerung durchgesetzt werden kann. — (maf, scc)

KLASSEKAMPEN (NORWEGEN)

„Meilenstein im Aufbau des Euroheeres“

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat Bundeskanzler Kohl und dem Generalstabschef Klaus Naumann grünes Licht gegeben, um deutsche Truppen für „friedenserhaltende“ und „friedensschaffende“ Militäraufträge loszuschicken – außerhalb des NATO-Gebietes. Dies bedeutet einen wichtigen Meilenstein im Aufbau des sogenannten Euroheeres, zu dem Deutschland und Frankreich die Initiative ergriffen haben.

Deutschland hat bereits geübt, zweimal offiziell in Somalia und Kambodscha mit Ingenieur- und Sanitätsabteilungen und etwas weniger offiziell mit Militärratgebern in Kroatien und „Zweitpiloten“ zur Radarüberwachung des Luftraums über Bosnien-Herzegowina. Der nächste große Auftrag für die Bundeswehr kann in der Stadt Mostar in West-Herzegowina sein, die zur EU-überwachten Zone erklärt wurde.

Nach Generalinspekteur Klaus Naumann hat Deutschland nicht länger das Recht, sich hinter Gesetzen zu verstecken, die die Geschichte oder die Verfassung falsch verstehen. Jetzt haben die erreaktionären Karlsruher Richter, deren früherer Chef Roman Herzog vor kurzem als neuer Bundespräsident eingesetzt wurde, auf Naumann gehört. Der stellt gerne historische Zusammenhänge her, wie gegenüber deutschen Soldaten anlässlich ihrer Abreise nach

führenden CDU-Politiker Alfred Dregger stammt die politische Auslegung, daß die Bundeswehr „zu einer schnellen Intervention in jeder Krise, die den Frieden bedroht, bereit sein muß“ – und das ist es, was bezeichnend für die Großmächte ist, die Krise selbst zu definieren und zu bestimmen.

Es ist nicht nötig, das Hakenkreuz zu beschwören, aber um so notwendiger ist es, die Reichweite des Karlsruher Beschlusses vom Dienstag, 12. Juli 1994, zu erkennen.

Peter M. Johansen in „Klassekampen“ vom 14. 7. 1994

L'HUMANITÉ (FRANKREICH)

BRD-Rolle bei der Zerstörung Jugoslawiens

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtes bekommt Deutschland den Status einer großen Militärmacht. Die Karlsruher Richter haben einmal mehr ein Urteil ausgesprochen, das der Verfassung von 1949 widerspricht. Der Weg ist frei gemacht für ein verstärktes militärisches Gewicht Deutschlands.

Das Verfassungsgericht hat gestern beschlossen, daß die deutsche Armee zukünftig das Recht hat, an militärischen Operationen überall in der Welt teilzunehmen. Dies Urteil, das der Verfassung der BRD widerspricht, gewährt dem vereinigten Deutschland eine Stellung großer militärischer und politischer Macht. Bis jetzt waren lediglich

Linke Presse in Europa zum Karlsruher Urteil

Kambodscha im Dezember 1992. „Zum ersten Mal seit 1944 werden deutsche Soldaten im aktiven Dienst wieder Weihnachten im Feld verbringen“. Und er hat Visionen. Er möchte für den internen Gebrauch ein Schlagwort finden, das der Bundeswehr Siegermentalität verleiht.

Kanzler Kohl fand Gründe, Präsident Clintons Aufforderung, den großen Staatsmann unter dem Brandenburger Tor zu spielen, auf Sparflamme zu halten. Aber aufgemuntert den US-Präsidenten, den UN-Generalsekretär und den Karlsruher Beschuß will er nun begierig die Gelegenheit ergreifen, mit Hilfe der UN-Fahne Deutschland wieder eine militärische Rolle unter den Großmächten zukommen zu lassen.

Außenminister Klaus Kinkel wird mit größter Wahrscheinlichkeit die deutsche Forderung nach einem festen Platz im UN-Sicherheitsrat erneuern. Damit könnte Deutschland einen gleichwerten Platz an der Seite Frankreichs einnehmen – nicht nur in der Ausgestaltung, sondern auch in der direkten Ausübung der EU-Militärpolitik an allen Fronten der Westunion, die erst vor kurzem Frankreichs Ruanda-Invasion sanktionierte.

Naumann hat das deutsche Volk bereits auf den ersten toten Soldaten vorbereitet, der nicht trennen, sondern ver einen solle in Sorge, Sympathie und Respekt.

Im Herbst 1993 führte Naumann neue Trainingsregeln für die Bundeswehr ein: „harte, fordernde und kriegsähnende“, und eine neue offensive Strategie, die lieber beweglich als den Krieg abwürgend sein solle. Von dem

Bundeswehreinsätze zugelassen im Rahmen der Nato und auf dem Gebiet der atlantischen Allianz. (...) Das Gericht hat die Beschwerden zurückgewiesen. Es hat geurteilt, daß diese Interventionen (gemeint ist die Überwachung des Embargos gegen Serbien und Montenegro und die Operationen der Bundeswehr in Somalia, d. Übers.) durch Artikel 24 des Grundgesetzes gedeckt seien. Danach könne Deutschland sich im Interesse des Friedens einem kollektiven wechselseitigem Sicherheitssystem anschließen. Deutschland kann in der Konsequenz an Blauhelmaktionen der Vereinten Nationen teilnehmen. (...)

Bis zur Wiedervereinigung hatten die deutschen Regierungen immer im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung gehandelt, die ihnen untersagte, Soldaten außerhalb des Einsatzgebietes der Nato zu entsenden. Erst seit 1993 hat Helmut Kohl – gestärkt durch die Annexion der Ex-DDR – begonnen, diese Doktrin zu revidieren. (...) Der Generalsekretär der Nato, der deutsche General Manfred Wörner, hat sich über die Entscheidung des Verfassungsgerichtes glücklich geschäzt. Sie erlaubt „der internationalen Gemeinschaft, ihrer Verantwortung besser nachzukommen“. Das Gewicht Deutschlands in der internationalen Arena wird merklich schwerer. Es ist zweifelhaft, ob die internationale Gemeinschaft hier gewonnen hat, wenn man insbesondere an die Rolle denkt, die Bonn gespielt hat bei der Zerstörung Jugoslawiens und der Zerstückelung in dem dann folgenden Krieg. (L'Humanité, 13. 7. 94)

Die („ethnische“, siehe Seite 1, d. Red.) Sicht des ruandischen Krieges stützt sich auf diskretes Schweigen über den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse vor und nach dem 6. April 1994. Keinem westlichen Berichterstatter scheint beispielsweise aufgefallen zu sein, daß die 600 RPF-Soldaten, die wenige Stunden nach dem Tod Habyarimana den Angriff auf dessen Präsidentengarde aufnahmen, im Dezember 1993 unter Aufsicht der UN-Hilfsmission für Ruanda (MINUAR) aus den eroberten Gebieten im Norden des Landes in die Hauptstadt Kigali verlegt worden waren. Diese Maßnahme sollte die ruandische Regierung, wie ein Anfang April erschienener Bericht des renommierten *Economic Intelligence Unit* nüchtern festhielt, „ständig daran gemahnen, daß in Ruanda eine neue Machtbalance besteht und daß Nichtannahme der Vereinbarung von Arusha Krieg in der Hauptstadt sowie im Norden nach sich ziehen wird.“ (Country Report Uganda Rwanda Burundi – 1st Quarter 1994, S. 19) Auch die Tatsache, daß der ugandische Staatschef Yoweri Museveni am 31. Mai bei einem offiziellen Besuch in Oslo bekanntgab, seine Armee unterstützte die RPF im Kampf gegen die ruandischen Regierungstruppen, fand ... keine Beachtung.

Hinweise darauf, daß in Ruanda etwas anderes im Gange sein könnte als ein bizarres Stammeskonflikt, werden in der offiziellen Berichterstattung schlicht übergangen. Das mag gute Gründe haben. Denn das Chaos in Ruanda und Burundi ist das Ergebnis eines tödlichen Spiels westlicher Regierungen und Institutionen mit den politischen Strukturen in Ostafrika.

Ruanda ist seit 1990 Gegenstand intensiver westlicher Bemühungen um eine neue politische Machtbalance im Herzen des Kontinents. Belgien, Ruandas ehemalige Kolonialmacht und langjähriger Patron Habyarimana — er kam 1973 in einem von Belgien inszenierten Coup an die Macht — distanzierte sich im Sommer 1990 von seinem Schützling. Die Brüsseler Regierung wollte durch Teilnahme an dem von den USA inspirierten Projekt „Demokratisierung“ Ruandas ihren Einfluß in einer politischen Neuordnung des Landes sichern.

L'HUMANITÉ ZU RUANDA

„Paris setzt neo-koloniale Linie fort“

Die tansanischen Behörden haben am Sonntag einen ehemaligen Bürgermeister aus Benaco ausgewiesen, der angeklagt wird, in Ruanda Massaker organisiert zu haben. Jean-Baptiste Gatare und seine Familie mit ihren Leibwächtern wurden von der Polizei bis Dar es-Salaam begleitet. Aus behördlichen Quellen hat man bestätigt, daß der ehemalige Bürgermeister, genannt „der Metzger“, darauf setzt, in Goma, im Osten Zaires, wo die franzö-

sischen Interventionstruppen stationiert sind, Zuflucht zu finden. (12.7.94)

Selbst wenn die französische Regierung offizielle politische Kontakte mit der neuen Regierung von Ruanda unterhält, ... die neue Regierung hat keine große Chance, in Paris zu gefallen ... Die neue Regierung sei anders gebildet als bei den Vereinbarungen in Arusha vorgesehen. Im Klartext, man beklagt sich, daß die ... Ex-Parteien Habyarimana, die verantwortlich sind für das Massenmorden, nicht an der neuen Richtung Ruandas teilhaben. Paris setzt auf diese Weise seine neokoloniale Linie fort, nach der die oppositionelle Bewegung gegen eine blutige afrikanische Diktatur eine Ge-

fahr für die Stabilität darstellt. Man denkt sicherlich an solche wie das Regime in Zaire ... (21.7.94)

Die humanitären Organisationen sind auch darüber beunruhigt zu sehen, wie die Behörden Zaires ein Lager für die Soldaten der ex-ruandischen Regierung zur Verfügung stellen. Diese macht keinen Hehl daraus, die Macht durch einen Gegenangriff zurückzuerobern. Die humanitären Organisationen fürchten des weiteren, daß die Milizen, die für die Massenmorde in Ruanda verantwortlich sind, die Gewalttaten auch in Zaire fortsetzen, wie man es auch schon in den Flüchtlingslagern in Tansania gesehen hat. (21.7.94)

— (Übersetzung: map)

Von wegen „ethnischer Konflikt“!

Die französischen Truppen helfen dem gestürzten Regime in Ruanda

Tödliche Spiele

(...) Wenige Monate vor der ersten Invasion der RPF-Rebellen aus dem benachbarten Uganda im September 1990 begann unter Führung der Vereinten Nationen ein Verhandlungs-marathon über die Rückführung der nach der Unabhängigkeit im Jahre 1962 nach Uganda geflohenen Mitglieder der ehemaligen Tutsi-Elite und die Beteiligung der ruandischen Oppositionsparteien an einer neu zu bildenden Mehrparteiengouvernement. (...) Der Begriff Demokratie erfuhr hierbei eine beachtliche Dehnung, denn es geht um nichts anderes als die Errichtung neuer Klientenregimes.

Die Vereinbarung von Arusha (Tansania) vom August vergangenen Jahres ... sah beispielsweise nicht einmal freie Wahlen vor, sondern nur die Schaffung einer neuen Machtbalance durch Beteiligung der RPF und der internen ruandischen Oppositionsparteien an der Führung von Staat und Armee. (...) Insbesondere der latente Konflikt zwischen Tutsi-Minderheit und Hutu-Mehrheit wurde durch das perverse Vorha-

ben einer Neuaufteilung der Macht in einer Art ethnischem Proporzsystem in vorhersehbarer Weise angeheizt. Westliche Politiker, die jetzt ihre Nase über ruandische „Stammesfeinde“ rümpfen, haben den brutalen Krieg ... durch diese Manöver selbst in Gang gesetzt.

Der Uganda-Faktor

Am 29. September 1990 ... unternahm die RPF den ersten Versuch, mit einer Invasion aus dem benachbarten Uganda ihren Anspruch auf Beteiligung an der Neuordnung Ruandas anzumelden. Die RPF wurde im Jahre 1987 von Exil-Ruandern in Uganda gegründet, die seit Mitte der achtziger Jahre eine Schlüsselrolle in der ugandischen Politik spielen. Exil-Ruander stellten einen Großteil der Offiziere der National Resistance Army (NRA) Yoweri Museveni, der mit ihrer Hilfe im Jahre 1986 den ugandischen Staatschef Obote entmachtete und die Führung des Landes an sich riß. (...)

Die Kampagne der RPF für einen Machtwechsel in Ruanda, die in einer

Invasion im September 1990 einen ersten Höhepunkt fand, war jedoch vor allem eine Reaktion auf die politischen Manöver des Westens. Obwohl die USA jede Beteiligung an der Invasion leugneten, wurden RPF-Offiziere in den USA trainiert. Im November 1990 waren nach Angaben des Präsidenten der ugandischen Oppositionspartei UDC sieben von zehn ugandischen Offizieren, die unter dem IMET-Programm des Pentagon in den USA ausgebildet wurden, Angehörige der RPF. (UDC Newsletter, 2/1994, S. 4) (...) Die USA und Großbritannien finanzierten und bewaffneten Musevenis NRA schon seit Mitte der achtziger Jahre. Sie nutzten die permanente ugandische Krise, um ein neues Klientenregime zu etablieren, das seither zu einem Stützpunkt des Westens im Herzen Afrikas geworden ist. Vom Sudan, wo die ugandische Armee die Rebellenbewegung John Garangs unterstützt, bis Liberia agiert Musevenis Armee heute als militärisches Instrument für westliche Missionen ...

Fortsetzung nächste Seite oben

Die USA rüsten sich gemeinsam mit ihren Verbündeten bei den Vereinten Nationen für eine Militärintervention und die Besetzung Haitis. Die Nachrichten über die Ankunft neuer Navy-Boote, die neue „Besorgnis“ der US-Regierung über Menschenrechtsverletzungen auf Haiti und die Invasionsübungen auf karibischen Inseln sind deutliche Hinweise auf eine bevorstehende militärische Operation: Sie helfen, die Öffentlichkeit in den USA von der Notwendigkeit einer Intervention der US-Truppen in Haiti zu überzeugen.

Am 15. Juli verblüffte UNO-Generalsekretär Boutros Ghali mit seiner Aufforderung an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Zustimmung zu einer „multinationalen“, 15000 Mann starken Streitmacht zu geben. Die Führung der Truppe soll bei den USA liegen. Die ursprünglich zwischen Präsident Jean Bertrand Aristide und General Raoul Cedras in der Vereinbarung von Govenor's Island vorgesehene UNO-Macht sollte 1300 leicht bewaffnete Soldaten und Ingenieure umfassen.

Wenn der Sicherheitsrat das Mandat einmal erteilt hat, so glauben viele, werden die USA einen einseitigen Angriff ausführen und ihn mit der Menschenrechtssituation sowie der offensichtlichen Kriegslüsternheit der Generäle Cedras und Biamby sowie des

Die UNO-Mission verläßt Haiti

Menschenrechtsgruppen in Haiti sind gegen eine US-Invasion

Oberst Michel Francois rechtfertigen. Nach dem militärischen Erfolg sollen die 15000 Soldaten dann die „öffentliche Ordnung“ in Haiti garantieren.

Unklarheit herrscht derzeit noch über den Hintergrund der Ausweisung der Internationalen zivilen Mission von UNO und OAS. Jedenfalls gibt es Hinweise, daß nicht allein die Drohungen des haitischen Regimes eine Rolle spielen. Mehrere Mitglieder von haitischen Menschenrechtsgruppen versichern, TeilnehmerInnen der Mission hätten ihnen im vergangenen Monat anvertraut, sie ständen unter dem Druck der UNO, das Land zu verlassen. Es habe eine Opposition gegenüber der Erneuerung des Mandats und des Budgets der Mission gegeben. Formal endete das Mandat im Frühjahr.

Sowohl Mitglieder der Mission als auch der haitischen MenschenrechtsbeobachterInnen machten dieselben Kräfte dafür verantwortlich, die sich vehement gegen eine Rückkehr Aristides wandten. Sie wollten die Internationale zivile Mission in diesem Sommer

aus dem Land heraus haben, damit es im Falle einer Invasion unter US-Regie keinen glaubwürdigen Zeugen für das gebe, was die USA einen „Begleitschaden“ (collateral damage) nennen. „Stellen sie sich vor, wenn die Mission in Panama während der US-Invasion gewesen wäre,“ so ein ehemaliges Mitglied der Mission.

Als der Sicherheitsrat am 8. Juli endlich einem erneuten Mandat für ein Jahr zustimmte, interpretierten viele auf Haiti das als ein „grünes Licht“ für das Regime, die Drohungen auszustossen. Am selben Tag unterzeichneten alle „Minister“ der illegalen Regierung ein Dokument, in dem die UNO/OAS-Gruppe zum Verlassen der Insel aufgefordert wird. Die US-Botschaft hatte gerade angekündigt, sie werde jetzt 20 Angestellte damit beauftragen, die Menschenrechtssituation zu verfolgen. Der Presse-sprecher Stanley Schrager sagte: „Es wird schwierig sein, dieses Vakuum zu füllen. Wir wollen unser Bestes versuchen. Wir haben die Verpflichtung, es zu tun, und wir werden es tun.“

Die örtlichen MenschenrechtsbeobachterInnen reagierten mit Zorn und Zynismus auf den Kommentar der US-Botschaft. Denn diese hatte sich in einer Mitteilung vom 12. April noch über die Aktivitäten der MenschenrechtlerInnen und über die schweren Menschenrechtsverletzungen lustig gemacht.

Die Anti-Interventionsbewegung wächst

Die Bewegung gegen eine ausländische Intervention wächst. Verschiedene Organisationen haben sich öffentlich gegen eine militärische Operation ausgesprochen. Am 4. Juli riefen Volks- und BäuerInnenorganisationen in einem Flugblatt zu einer „soliden demokratischen Oppositionsfront“ gegen eine Invasion auf. In dem Aufruf werden sowohl der „falsche Nationalismus der haitianischen Putschisten“ als auch die „Herrschaft, Falschheit und Heuchelei“ der USA angeklagt. „Die Amerikaner schwören, daß sie dieses Mal aufrichtig sind und das Gute für die haitia-

Die Explosion

Belgien reagierte auf die RPF-Invasion vom Herbst 1990 mit einem demonstrativen Abzug seiner Truppen ... An seine Stelle trat Frankreich ... Francois Mitterands Sohn und Afrikaberater, Jean Christophe, reiste regelmäßig nach Kigali, um dem ruandischen Präsidenten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auch Deutschland, daß als zweitgrößter Exportabnehmer und mit seinem Heer von Entwicklungsbefreiern in Kigali bis vor kurzem über großen politischen Einfluß verfügte, gewährte Habyarimana diskrete Unterstützung. (...) Die Situation geriet völlig außer Kontrolle, als die RPF nach der im Sande verlaufenden ersten Invasion ein Jahr später die nördliche Grenzregion Ruandas besetzte. Viele Bewohner wurden getötet, und etwa eine Million — ein Siebtel der gesamten Bevölkerung Ruandas — flohen aus den besetzten Gebieten. (...) Schon 1992 lebten in der ehemals dicht besiedelten RPF-Zone nur noch 1800 Zivilisten. Die Folge für das zu gut 80% von der Subsistenzwirtschaft abhängige und sehr dicht besiedelte Land war ein drastischer Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und die Verdrängung der ländlichen Bevölkerung von ihrem einzigen Erwerbsmittel — dem Boden.

Die Regierung in Kigali steigerte ihre Hetze gegen die Tutsi, und es kam in manchen Regionen zu Pogromen. Habyarimana stand jedoch schon mit dem Rücken an der Wand. (...)

In Wirklichkeit gibt es in Ruanda und Burundi ohnehin keine „Ethnien“. Selbst in vorkolonialer Zeit waren Tutsi und Hutu keine Stämme — und noch nicht einmal sehr festgefügte gesellschaftliche Gruppen. Vielmehr bezeichneten Tutsi und Hutu soziale Positionen, die Menschen gemäß ihrer Nähe zum Königshof und ihrem Zugang zu Macht und Reichtum in einer komplexen Hierarchie innehatten. Die heutigen Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen Ruandas — unter denen der Nord-Süd-Konflikt mindestens ebenso bedeutend ist wie der zwischen Tutsi und Hutu — sind das Ergebnis der sozialen Spaltung unter der Kolonialherrschaft. (...)

(Fortsetzung d. Artikels von Sabine Reul, siehe S. 1. Von d. Red. gekürzt.)

nische Bevölkerung wollen“, heißt es. „Aber haben wir jemals einen Folterer seinem Opfer helfen sehen? Nein, fremde Truppen nach Haiti zu senden — egal in welcher Form — kann nicht richtig sein oder eine Alternative für das Land bedeuten. Die Intervention unter den gegenwärtigen Bedingungen ... wird ein sicherer Weg sein, die mächtigen fremden Interessen zu schützen und zu garantieren — gegen die Versuche einer Demokratie- und Volksbewegung, die bis jetzt durch ihre Kämpfe die amerikanischen Ziele auf Haiti gestört hat.“

Die Bewegung Peyizan Nasyonal Kongre Papay (MPNKP) warnt in einer Mitteilung vom 10. Juli, daß „keine US-Militärintervention in irgendeinem Land je zugunsten der Menschen war“. In den USA planen Solidaritätsgruppen und haitianische Auslandsorganisationen vom 24. bis 31. Juli eine „Nationale Aktionswoche gegen die Militärintervention und -Besetzung auf Haiti“. Angekündigt sind unter anderem Demonstrationen, Teach-Ins und ziviler Ungehorsam. Bis jetzt sind Aktionen in Washington, Boston, Miami, New York, Detroit und Oakland vorgesehen.

— (Nachdruck aus: POONAL, wöchentlicher Nachrichtendienst lateinamerikanischer Agenturen, Nr. 152.)
Bezug: POONAL, c/o FDCL,
Gneisenaustr. 2
10961 Berlin

Kurdistan: „Große, ernsthafte Schläge sind nun erforderlich“

Interview mit Hüseyin Zel über die militärische Entwicklung des Befreiungskampfes in Kurdistan

■ Wie sieht die Entwicklung der Kriegslage aus, nachdem die Türkische Republik (TR) nach Newroz eine neue Offensive versucht, 500 000 Soldaten in Nordwest-Kurdistan zusammenzog und nach (irakischem) Süd-Kurdistan eindrang?

Eine Woche vor dieser großangelegten Operation haben zwei Kampfhelikopter mit englischer, französischer, türkischer und KDP-Besatzung in der Region Botan-Behdinan Aufklärungsflüge gestartet. Das verdeutlicht natürlich den internationalen Zusammenhang. Das ist wichtig. Ziel ist es, die gegnerischen Kräfte in diesem strategisch wichtigen Gebiet auszuheben und dort eine Pufferzone gegen die Revolution aufzubauen. Das ist der seit Jahren verfolgte Traum der oben genannten Kreise, aber vor allem ist es ein unerfüllter Traum der Türkei.

Nun, diese Operation scheiterte aufgrund verschiedenster und effektiver Guerilla-Taktiken und umfangreicher Vorbereitungen auf die dann eingetretene Situation. Der Marsch nach Süd-Kurdistan wurde für die türkische Seite zum Fiasco. Die Niederlage war so verheerend, daß sie 8 ihrer Offiziere verhaftet mußten. Diese Operation wurde eigens vom türkischen Generalstab koordiniert, eine Tatsache, die ihre Niederlage noch schmerzlicher macht.

Diese Operationen haben auch die Zielsetzung, die Sommeroffensive der ARGK zu verhindern bzw. abzuschwächen. Hinzu käme noch, daß die zivilen Siedlungsgebiete während der Operation in Schutt und Asche gelegt werden, natürlich um die Bevölkerung in ihrer Unterstützung für den Befreiungskampf zu lämmen. Diese Operationen haben Ähnlichkeiten mit denen der Phase Atatürks. Der eigentliche Plan ist die Umzingelung der Regionen und eine Ausweitung der Operationen auf andere Gebiete.

Das Scheitern dieses Plans hat natürlich Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Kampfhandlungen im Jahr 1994. Die Vorbereitungen der Guerilla auf diese Situation haben bereits jetzt einen Höhepunkt erreicht, so daß dem ohne große Schwierigkeiten eine angemessene Antwort gegeben wird. Es wird aber nicht dabei bleiben. Im Gegen teil, umfangreiche und initiativ angelegte Gegenoperationen werden der kolonialistischen türkischen Armee nie bekannte Niederlagen zufügen. Kurz, die Kampfhandlungen werden sich ihrem Höhepunkt nähern, die Kontrolle vieler strategischer Gebiete durch die ARGK und die bisherigen Vorbereitungen lassen auf große Schritte hin in Richtung Befreiung hoffen.

■ Die TR befindet sich in einer schweren Krise — ökonomisch, militärisch und politisch. Wie wirkt sich das auf den Kriegsverlauf aus? Und wie verhalten sich in dieser Situation NATO und BRD?

Nach der kemalistischen Tageszeitung *Hürriyet* werden von dem türkischen Staat stündlich 1 Million Dollar in dem Krieg gegen die PKK eingesetzt. Eine Summe, die Dimensionen und die Intensität dieses schmutzigen Krieges gegen das kurdische Volk offen darlegt. Selbst T. Çiller gestand in diesem Jahr in einer türkischen Tageszeitung:

„Wenn ihr wollt, daß die Wirtschaft aus der Krise rauskommt, so muß ich die PKK gewähren lassen — das können wir nicht tun.“

Der Krieg wird mit Geldern geführt, die durch das Aussaugen des Blutes der türkischen Werktätigen erbracht werden. Diese Situation trägt auch dazu bei, daß die gesellschaftlichen und Klassenwidersprüche sich innerhalb der Türkei verschärfen. Ein Nationalkompromiß, wie er durch den türkischen Staat immer wieder proklamiert wird, kann nicht längerfristig aufrechterhalten werden, denn die scharfen Klassenwidersprüche sind objektive Gesetzmäßigkeiten, die nicht nach Gutdunkern dirigiert werden können.

Obwohl die BRD und die USA immer wieder auf Menschenrechtsverletzungen hinweisen, wird diese Tatsache in der Praxis dieser Länder als zynische Heuchelei offenbart. Eine stark abhängige Türkei ist im Interesse dieser Länder, um u.a. ihre eigenen Krisen in Staaten wie der Türkei abzufangen. Heemonial gerichtete Interessen dieser Länder im Mittleren Osten sind bestim mend für ihre Politik. Insofern sagte kürzlich der deutsche Außenminister: „Freunde kann man in schweren Zeiten nicht im Stich lassen. Besonders bei einem so loyalen Land wie der Türkei.“

Wir können also davon ausgehen, daß ein sogenanntes Krisenmanagement durch die oben genannten Länder für die Türkei eingerichtet wurde. Ein in dem Maße von außen abhängiges Land kann auch nicht anders auf den Beinen gehalten werden. Einige kulturelle Rechte für die Kurden — als politische Lösung — werden aber von diesen Kräften angestrebt.

Zu verwirklichen wäre ein derartiges Szenario natürlich nur durch die Vernichtung der revolutionären kurdischen Bewegung mit ihrer Avantgarde, der PKK.

Einige Vorstöße in Richtung einer reformistischen Lösung gibt es bereits. Doch die Türkei fürchtet sich auch vor dieser Lösung, denn sie ist sich im Klaren darüber, welche Manövriertfähigkeit die PKK besitzt. Letztenendes verfolgt diese schweißtreibende Angst sie, daß sie selbst in die von ihr gegrabene Grube fällt.

■ Wie entwickelt sich die militärische Lage zwischen der Befreiungsarmee ARGK und dem türkischen Militär?

Die nationale Befreiungsbewegung hat bereits darauf hingewiesen, daß größere Kampfkontingente aufgestellt werden. Dazu ist es notwendig, die bisherigen Kriegsregionen zusammenzufassen, um das Ziel der befreiten Gebiete umfangreich realisieren zu können.

Annähernd 10 000 Guerilleros werden sich in der Region der Nordkommandatur (bisher: Serhat, Mitte und die Regionen Dersim), mehr als 10 000 Guerilleros werden sich in der Region der Mittelkommandatur (bisher: Amed, Garzan, Südwest-Regionen) und ca. 20 000 Guerilleros werden sich in der Region der Südkommandatur (bisher: Botan, Behdinan, Mardin, GAP-Regionen) im Einsatz befinden.

Die technische und zahlenmäßige Überlegenheit der türkischen Armee hat in einem Volkskrieg keine entschei-

dende Bedeutung. Die Guerilla wird ab dieser Phase einen Halbfrontenkrieg und Bewegungskrieg führen, was aber an der Bedeutung kleiner Guerilla-Einheiten keine Zweifel aufkommen lassen darf. Die ARGK, die diese Kampfformen allseitig einsetzt, kann schließlich den Sieg erringen. Die notwendigen Neuordnungen, Kräftekonzentrationen bzw. Ausdehnungen werden in diese Richtung gehen.

Einen Sieg zu erringen ohne die große technische Schlacht oder ohne die Vernichtung der zentralen Stützpunkte der türkischen Armee ist im Bereich des Möglichen — was aber nicht heißt, daß eine solche Schlacht nicht zu gewinnen wäre. Nur, bevor diese Phase erreicht ist, kann der türkischen Armee der Todesstoß versetzt werden. Darauf wollen wir hinaus.

Früher, in der Phase der strategischen Verteidigung, wurden Aktivitäten entwickelt, die zum Verschleiß der Armee, zur Festigung der Guerilla führten und die Bevölkerung beeinflußten. Angriffe mit geringem Umfang, Propaganda, kleine Zellenstrukturen genügten voll auf.

Aber das reicht nun nicht mehr. Die strategische Gleichgewichtsphase erfordert neue Arten und Formen des Kampfes. Es genügt nicht mehr, dem Feind kleinere Schläge zu versetzen. Große ernsthafte Schläge und Aktivitäten sind nunmehr erforderlich. Aktivitäten kleinerer konspirativer Propaganda und innerhalb entsprechender Organisationsstrukturen genügen nicht.

Es ist nun notwendig, in den Kampfregionen die Organe der Volksmacht zu errichten. Gebiete, die vom Feind gesäubert und befreit werden, stehen unmittelbar auf der Tagesordnung. Nur so kann die strategische Gleichgewichtsphase erreicht werden.

■ Wie ist die Situation in Süd-Kurdistan nach den schweren Kämpfen zwischen PUK und KDP?

Die Situation in Süd-Kurdistan ist nach wie vor gespannt. 1992 gab es eine gemeinsame Front der PUK und KDP sowie anderer Kräfte. Dies ist nicht mehr gegeben. Eine grenzenlose Unterstützung der Türkei durch die NATO und die USA war der Fall. Diese Unterstützung wird die Türkei in dem Maße nicht mehr erhalten.

Zweifellos betreffen die Auseinandersetzungen im Süden auch die Gesamtheit Kurdistans. Hinter diesem Krieg steht die Türkei, insofern ist das ein Krieg, der auch die nationale Befreiungsfront etwas angeht.

Eine günstigere Situation kann sich stärker als bisher entwickeln, Süd-Kurdistan könnte nun ein Gebiet werden, wo demokratische Entwicklungen stärker durchsetzbar sind.

Verschiedene Kreise in Süd-Kurdistan befinden sich auf der Suche nach neuen Bündnissen mit der nationalen Befreiungsfront. Wenn nun eine Lösung innerhalb der Integrität Iraks gesucht wird, so kann dem auf der Grundlage eines demokratischen und freien Kurdistans Unterstützung sicher sein.

Das Interview führte Rudolf Bürgel.

Der bayerische DGB stellt Armut bericht vor

„Armut macht krank, physisch wie psychisch, und wirkt zerstörerisch“

Bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Bayerischen Armutsbüros des DGB Bayern am 13. Juli 94 gab DGB-Vorsitzender Fritz Schösser ein Statement ab, aus dem wir auszugsweise zitieren. Der 160 Seiten starke Bericht wurde von Leuten aus dem wissenschaftlichen Bereich, den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Sozialverwaltungen und sozialen Einrichtungen erarbeitet. Die Bayerische Staatsregierung reagierte, wie nicht anders zu erwarten war. CSU-Sozialminister Gebhard Glück sprach von einer unzulässigen Dramatisierung und daß es unseriös sei, von 500000 Sozialhilfeempfängern zu sprechen und diese als arm zu bezeichnen. Denn — so der Minister — Sozialhilfe bekämpft Armut und sichere eine menschenwürdige Existenz. Und in rassistischer Manier setzte er noch einen drauf und kommentierte den dramatischen Anstieg mit den Worten, daß mehr als vier Fünftel aller Ausländer gewesen seien. Die bayerische Staatsregierung will diesen Anstieg bereinigen und die Menschen zurückdrängen, damit das weiß-blau Image nicht getrübt wird.

Der DGB-Vorsitzende Schösser, der für die SPD bei den bayerischen Landtagswahlen (September 94) kandidiert, tritt in seinem Statement u.a. auch dafür ein, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung in die Arbeitslosen- und Rentenversicherung einzubauen. Des weiteren müsse der Familienlastenausgleich reformiert werden. Wesentliche Zielsetzung sei dabei die Entlastung von Familien mit Kindern, orientiert an den realen, durch die Kindererziehung entstehenden Aufwendungen. Das Ehegattensplitting in der bisherigen Form müsse schrittweise abgebaut werden.

In diesem Armutsbüro werden die unterschiedlichsten Ursachen der Armut behandelt. An erster Stelle kommt die Arbeitslosigkeit in Betracht, die seit den achtziger Jahren zur häufigsten Ursache von Armut geworden ist. Laut diesem Bericht waren rund 580 Tausend Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen. In dem Bericht wird weiter

verdeutlicht, daß Armut in Bayern insbesondere Armut in den Städten und Ballungsräumen ist, wo die proletarische Bevölkerung konzentriert ist. Die Bereinigung der wirtschaftlichen Krise insbesondere zu Lasten der nichtdeutschen Bevölkerung wird in diesem Armutsbüro dadurch verdeutlicht, daß von einem explosionsartigen Anwachsen der Sozialhilfe von Ausländern gesprochen wird. Seit 1980 hat sich die Sozialhilfedichte bei Ausländern verfünfacht.

Als weitere wichtige Ursache für die Armutsentwicklung werden die Wohnungsmieten charakterisiert. Während die Lebenshaltungskosten seit 1980 um 28% gestiegen sind, liegt der Zuwachs bei den Wohnungsmieten bei 40%. Als Konsequenz wird u.a. die Förderung neuer Eigentumsformen insbesondere des genossenschaftlichen Wohnens beispielweise durch Bereitstellung kostengünstiger Grundstücke gefordert.

Für linke Politik enthält dieser Bericht zahlreiche Ansatzpunkte, die fortlaufend thematisiert werden müssen, um der ideologischen und politischen Dominanz der CSU Widerstand zu leisten. Nach den ersten Presseberichten ist im Freistaat aber erst einmal wieder Ruhe eingekehrt.

Fritz Schösser auf der Pressekonferenz:

... Armut ist eine bedrückende Realität für eine wachsende Zahl bayerischer Bürgerinnen und Bürger geworden. Auch im wohlhabendsten Bundesland der Bundesrepublik und zugleich einer der reichsten Regionen Westeuropas wird eine nach Hunderttausendenzählende Gruppe von Menschen von der Teilnahme an ausreichendem Einkommen aus dem Erwerbsleben, von der Verfügung über eine bedürfnisgerechte Wohnung, von der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen ausgeschlossen.

Armut — auch dies wird dokumentiert — macht krank, physisch wie psychisch, wirkt zerstörerisch auf soziale Basisbeziehungen in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der



Nachbarschaft, am Arbeitsplatz.

Die wachsende Armut auch in Bayern macht jenseits aller schönfärberischen Weiß-Blau-Romantik drastisch deutlich, daß für viele Menschen Chancengleichheit zum folgenlosen Postulat geworden ist in einer Gesellschaft, die sich mehr und mehr am Ideal des Elternbogens statt des sozialen Ausgleichs orientiert.

Dies sind zusammengefaßt die zentralen Ergebnisse des bayerischen Armutsbüros, dem wir heute der Öffentlichkeit vorlegen. Unter dem Titel „Leben ohne Würde — Armut in Bayern“ hat eine Gruppe von Autorinnen und Autoren den Sozialhilfebereich, den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut, den Wohnungsbereich, den Problemkomplex Überschuldung und Armut, Armut im Alter und in welchen Lebenslagen insbesondere Frauen einem spezifischen Verarmungsrisiko unterliegen, untersucht....

Der DGB Bayern hat bereits vor mehr als einem Jahr die Bildung eines „Forums Armut und soziale Ungleichheit“ angeregt und zugleich die Federführung dieses Forums übernommen. Ziel der Arbeit war es, einen bayerischen Armutsbüro zu erstellen, der aufzeigt, wieviele Menschen in welchen Lebenssituationen in Bayern von Armut und sozialer Randexistenz betroffen sind

und welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut ergriffen werden müssen.

Wir wollen mit der Vorlage dieses bayerischen Armutsbüros die weit verbreitete Ignoranz und die Bereitschaft zur Verdrängung gegenüber der Existenz von Armut aufbrechen. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung dazu auf, sich ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung zu stellen und einen regelmäßigen jährlichen bayerischen Armutsbüro zu veröffentlichen und darüber hinaus ihre Konzeption und ihre konkreten Vorschläge zur Armutbekämpfung in Bayern vorzulegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu Beginn eines besonders herausheben.

Zu beklagen gilt es nicht allein die erschreckende Zunahme von Armen im Freistaat. Zutiefst beunruhigend finde ich darüber hinaus, daß sich die Anzeichen für etwas, das ich einen „Mentalitätswandel im Verhältnis zur Armut“ nennen will, beständig vermehren.

Armut scheint in vielen konservativen Köpfen mittlerweile das gar nicht so unerwünschte Druckmittel gegen einen angeblich verbreiteten Mangel an Leistungsbereitschaft zu sein. Diesen Eindruck gewinne ich jedenfalls, wenn Herr Waigel fordert, die Arbeitslosenhilfe nur noch befristet zu zahlen, oder wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem letzten Bundeshaushalt das Arbeitsförderungsgesetz mehr und mehr zum „Arbeitsförderungsgesetz“ denaturiert.

Der wesentliche Effekt darartiger Strategien liegt aus meiner Sicht darin, Ursachen und Verursacher von Armut und sozialer Ausgrenzung aus der Schußlinie zu ziehen und letztendlich die Opfer zu Tätern zu stilisieren.

Genau das, meine Damen und Herren, ist es, was uns ganz besonders dazu veranlaßt hat, auf die Tatsachen und Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung in Bayern mit dem vorliegenden bayerischen Armutsbüro einzugehen. (...)(dil)



Köln. Die Kölner Grünen protestieren gegen die „reine Vertreibungspolitik“ gegen jugendliche Obdachlose: „Freie, bewährte Träger müssen Sozialarbeiter als Ansprechpartner anbieten können. Neue Sozialarbeiterstellen müssen genehmigt werden.“ — (jöd, Bild: af/mz)

Bürgerantrag: städtische Mittel für „EU-Gegengipfel“!

Essen. 1 Mio. DM aus städtischen Haushaltssmitteln hat die Stadt Essen für das kulturelle Begleitprogramm zum EU-Gipfel im Dezember eingeplant. Einen Antrag der GAL/Die Grünen, den vom Bündnis gegen den EU-Gipfel geplanten „Gegengipfel“ mit 20000 DM zu bezuschussen, hat der Rat dagegen ohne Diskussion abgelehnt. Das Bündnis gegen den EU-Gipfel gibt sich damit nicht zufrieden. Es sammelt jetzt Unterschriften unter einen Bürgerantrag zur finanziellen Unterstützung des Alternativkongresses. „Wir halten diesen Kongress für erforderlich, weil im offiziellen Rahmenprogramm des EU-Gipfels nicht die Möglichkeit einer öffentlichen kritischen Auseinandersetzung mit der EU-Politik gegeben wird“, heißt es darin. — (wof)

Kurdisches Fußballturnier Polizei verfolgte Kurden

Köln. In ganz Europa haben sich in den letzten zwei Jahren rund 300 kurdische Fußballvereine gegründet. Sie alle wollen kurdischen Jugendlichen eine sinn-

volle Freizeitbeschäftigung anbieten. Nebenher werden Kampfsportarten gelernt. So vielfältig wie die Aktivitäten sind, so bunt war die Veranstaltung am 10. Juli 1994. An dem heißen Sonntag hat der Botan-Sportverein zu einem Fußballturnier eingeladen, zu dem 12 Mannschaften aus verschiedenen Teilen Europas anreisten.

Die kurdischen Nationalfarben rot, gelb, grün beherrschten den Platz. In lockerer Atmosphäre fanden von morgens bis in die Nacht hinein Spiele statt. Der Sport war wichtig, und es gab viel hochklassige Spiele. Viel wichtiger war jedoch das Zusammengehörigkeitsgefühl. Sportlich gesehen war das Turnier für Botan-Sport nicht so erfolgreich, da man sich mit dem 5. Platz zufrieden geben mußte. Sieger wurde „Kurdistan-Dersim-Spor“ aus Hannover.

Am Sonntag, den 16.7., war ein Grillfest von Kurden in Köln-Merheim. Auf der Rückfahrt wurde ein Mitglied vom Botan-Sport-Verein von einer Zivilstreife verfolgt. Die Autofahrt ging quer durch Köln. Am Wiener Platz kesselten sechs Streifenwagen das Auto des Kurden ein. Er wurde aus dem Auto gezerrt. Der Kurde beschwerte sich wegen der Verfolgung durch die Zivilstre

Konstanz**Reportage und Film zu verdeckten Ermittlern**

Vor zwei Jahren flogen in Tübingen zwei LKA-Beamte als verdeckte Ermittler auf, die fast eineinhalb Jahre die Linke ausspioniert haben.

Das Verwaltungsgericht hat diesen Einsatz als rechtswidrig bezeichnet, woraufhin über 100 Betroffene Akteneinsicht beantragten. Die daraufhin von Innenminister Frieder Birzele (SPD) zugesagte Auskunfterteilung erfolgte nur als Mitteilung, daß eine Eintragung vorliegt. Bei vielen Betroffenen lautete sie: „Hiermit wird Auskunft erteilt: Es wird keine Auskunft erteilt.“ Am 11. Mai kam das Thema im Landtag nochmal zur Sprache. Birzele erklärte, wenn der Polizeieinsatz rechtswidrig gewesen sei, werde er das Polizeigesetz än-

dern. Die Konstanzer Medienwerkstatt Querblick drehte für eine Reportage sowohl im Landtag wie auch bei Betroffenen. Der Beitrag war am 19. Juni im Magazin „Z“ bei RTL zu sehen. Er dokumentierte exemplarisch die Tübinger Fälle. Ein Interview mit dem Autor des Buches „Der Apparat“, Rolf Gössner, machte die politische Bedeutung von verdeckten Ermittlern deutlich. Im Beitrag wird auch auf zwei zeitgleich zurückgezogene Ermittler mit gleichem Auftrag in Freiburg hingewiesen. Querblick hat zum Thema verdeckte Ermittler einen längeren Dokumentarfilm produziert. — (jüg)

Kontaktadresse: Querblick, Gottlieb-Daimler-Str. 3, 78467 Konstanz, Tel. 07531/68798

BAYER LEVERKUSEN**Konzernleitung plant Lohnkürzungen**

Trotz 21 000 Protestunterschriften kündigte die Bayer AG die Betriebsvereinbarungen zur übertariflichen Zahlung am 27. Juni. Am 5.7. fand eine a.o. Betriebsversammlung mit über 3000 Beschäftigten statt.

Die Bayer AG behauptet, sie wolle keine Lohnkürzungen, sondern nur eine leistungsgerechtere Verteilung der übertariflichen Zulagen, obwohl sie in Erklärungen zur Kündigung der Vereinbarung bereits erklärt hat, daß bei Neueinstellungen die Zulagen vollständig abgeschafft werden sollen. Ein vollständiger Wegfall der Zulagen würde für die Beschäftigten Lohnverluste zwischen 236,— und 656,— DM bedeuten. Der Protest gegen diese Kündigung ist groß. Zur außerordentlichen Betriebsversammlung mobilisierten die Betriebsräte von DAG, IG Chemie und der Liste für durchschaubare Betriebsratsarbeit mit einem gemeinsamen Flugblatt. Der Vorstand erschien nicht auf der Versammlung, sondern schickte Stellvertreter.

Ein Betriebsrat der „Durchschaubaren“ erklärte auf der Betriebsversammlung über die Vorhaben des Vorstands: „Kern Ihrer Absicht ist es, endlich weg-

zukommen von der Dynamisierung der Eckwerte bei Tariferhöhungen. Mit dem Entgelt-Tarifvertrag ist es zwar gelungen, Arbeiter und Angestellte nach einem einheitlichen Tarifvertrag einzustufen, die ursprünglichen Arbeitergruppen liegen aber entgeltmäßig kraß unter den alten Angestelltengruppen. Mit den Bayer-Eckwerten wurde diese Differenz abgemildert. Es kann also nicht darum gehen, die Eckwerte und die Dynamik abzuschaffen. (...) In den vergangenen Jahren waren die Tariferhöhungen so niedrig, daß die Beschäftigten effektive Reallohnverluste hinnehmen mußten. Besonders die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen hat das hart getroffen. Als kleines Beispiel: Wenn in Zukunft bei einer Tariferhöhung von rund zwei Prozent der Eckwert nicht mit erhöht wird, ist das ... effektiv nur noch eine Erhöhung um knapp 1,7 Prozent.“ Geplant ist, daß erste Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung nach Ende der Ferienzeit stattfinden sollen. Um den Druck auf den Vorstand zu erhöhen, plant die IG Chemie eine Vertrauensleutevollversammlung für den 5. September. Dort soll u.a. die weitere Vorgehensweise diskutiert werden. — (uld)

fe. Zwecklos. Die Polizei durchsuchte das Fahrzeug, fand aber nichts. Deshalb bekommt der Kurde jetzt eine Anzeige, weil er bei Rot über die Ampel gefahren sein soll. — (d.g.)

Prozeß gegen Fred Leuchter im September

Mannheim. Vom 14. bis 16. September 1994 soll vor dem Langericht Mannheim gegen Fred A. Leuchter verhandelt werden. Angeklagt ist Leuchter vor der 5. Strafkammer unter Vorsitz von Richter Manfred John wegen Volksverhetzung. Leuchter hatte auf Einladung Deckerts in Weinheim am 10.1.94 bei einem Vortrag vor rund 120 Personen aus der rechtsextremen Szene den Holocaust geleugnet. Richter John hatte den am 28. Oktober in Köln verhafteten Leuchter wenige Wochen später freigelassen. Gegen eine Kaution in Höhe von 20000 DM ließ John am 30. November den Haftbefehl außer Vollzug setzen. Noch am selben Tag hatte das OLG Karlsruhe diese Entscheidung ausgesetzt. Leuchter hatte jedoch die Bundesrepublik bereits verlassen. Die Rechtsanwälte Leuchters waren Hajo Herrmann (79), Düsseldorf, und Thor von Waldstein

(34), Mannheim. Sie hatten zur Haftprüfung Eingaben eingereicht, in denen Hermann schrieb: „Die Behauptung des Angeklagten, in Auschwitz habe es keine Gaskammern gegeben, trifft zu.“ — (aus: blick nach rechts, 19. Juli 1994)

Skinhead-Überfall auf Gedenkstätte Buchenwald

Frankfurt. Der Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora, Emil Carlebach, erklärte nach dem faschistischen Anschlag auf die Gedenkstätte Buchenwald: „Wie das Fernsehen berichtet, hat am 23. Juli eine Gruppe von rund 30 Skinheads, die mit einem Bus anreiste, die KZ-Gedenkstätte Buchenwald überfallen und geschändet. Eine Angestellte der Verwaltung der Gedenkstätte wurde von den Tätern mit Verbrennen bedroht.“

Seit Monaten warnen das Internationale Lagerkomitee und die nationalen Lagergemeinschaften, daß Kampagnen gewisser Medien gegen Buchenwald und das Herausstellen der neuen Gedenkstätte für die ehemaligen nach 1945 Internierten zu derartigen nazistischen Übergriffen führen würden. Als Sprecher der Überlebenden des KZ Buchen-

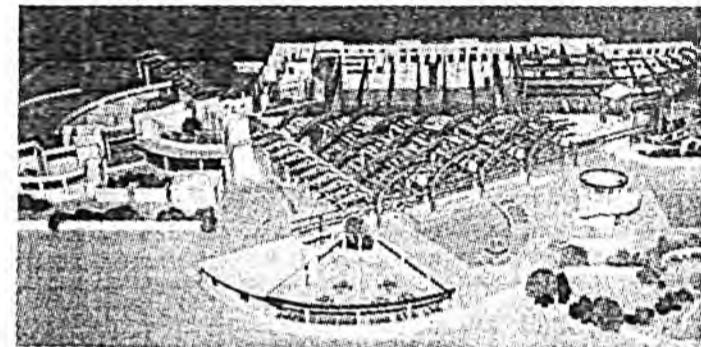
NORDERSTEDT**Widerstand gegen das „Erlebnisbad“**

Mitte 1991 wurde festgestellt, daß das Freibad täglich 80 000 Liter Wasser verliert. Zur Behebung der dringendsten Mängel wären 160 000 DM erforderlich gewesen. Man einigte sich dann aber auf eine generelle Erneuerung.

Daraus ist inzwischen das 35-Mio-Projekt „Erlebnisbad Arriba“ geworden. Schon wird ein Defizit von 2 Mio. DM jährlich einkalkuliert. Die Stadtwerke rechnen mit 600 000 Besuchern, ca. 1800 Besuchern täglich (im Vergleich: Frei- und Hallenbad hatten 1991 ca. die Hälfte an Besuchern, davon 40% aus dem Umland).

Das Freibad ist 1994 im dritten Jahr dicht. Der Eröffnungstermin 31.12.94 für das „Badeparadies“ muß auf jeden Fall gehalten werden, da sonst 15 Mio. DM Zonenrandförderung nicht kassiert werden können.

Noch im November hatten die Stadtwerke versprochen: „Die Einlaßkarte für einen Erwach-



senen wird unter 10 DM liegen.“ Mitte Mai wurden der Öffentlichkeit die geplanten Eintrittspreise präsentiert. Hier fehlt jede soziale Komponente. Angeblich sei es den Stadtwerken nicht erlaubt, Sozialrabatte einzuräumen. Bisher war der Eintritt für Rentner, Schwerbehinderte, Sozialhilfeempfänger, Azubis, Schüler und Studenten im Hallenbad 2,50 DM, im Hallenbad und im Freibad 1,50 DM. Jetzt gilt: „Wir müssen aus rechtlichen Gründen alle Besucher gleich behandeln...“

Der Eintrittspreis für Erwachsene sollte zunächst 10 DM für den Hallenteil bzw. 6 DM für das Freibad sein, der Werkausschuß hatte aber eine fehlende „Familienkomponente“ bemängelt. Nun wurde nachgebessert, Erwachsene sollen jetzt 11 bzw. 8 DM zahlen. Eine

Familienkarte ist ab 28 DM zu haben, sie ist aber erst für 4 Personen günstiger als die Einzelpreise. Möchte ein Erwachsener mit 2 Kindern schwimmen gehen, müssen mindestens 23 DM hingeblättert werden.

Angeblich sollte das Schwimmbad hauptsächlich umgestaltet werden, weil man Kindern und Jugendlichen im Trend der Zeit mehr Action bieten müsse. Aber gerade für diese Altersgruppe wird eine Freizeitaktion vor allem im Sommer entfallen: 6 DM bzw. 4,50 DM soll der Eintritt kosten, entweder muß das Taschengeld ordentlich erhöht werden, oder das Schwimmen fällt aus. Als Alternative bleiben dann nur noch die ungesicherten Baggerkuhlen der Umgebung, wo es immer wieder zu Unfällen kommt. Vor allem ältere Menschen und Behinderte wollen gerne nur einmal ein Stündchen schwimmen, die Ein-

trittspreise sind aber alle für mindestens 3 Stunden ausgelegt.

Alle diejenigen, die die überhöhten Eintrittspreise nicht zahlen können und trotzdem schwimmen wollen, müssen dann zu ganz absurdem Zeiten, zwischen 6.30 Uhr und 10.30 Uhr, zum Früh schwimmen kommen, dann sind die Preise ermäßigt. Die Grünen haben als einzige Fraktion im Werkausschuß diesen Preisen nicht zugestimmt. Sie fordern die Umbenennung von ARRIBA (span.: aufwärts) in CARAJO (verdammkt!). Sie kritisieren den Besluß: „Hier wird bewußt ausgegrenzt! (...) ARRIBA steht für unsere im ganzen Land verbreitete Lebensphilosophie, die nur Erfolg kennt. Im ARRIBA haben Arbeitslose, Jugendliche und Rentner keinen Platz.“ — (edl)

wald fordern wir,

- daß Regierung und Historiker-Kommission eindeutig und endgültig gegen die Kampagne Stellung nehmen,
- daß die Gedenkstätte unter ausreichenden Schutz gestellt wird,
- daß die Täter verhaftet und in einer Weise bestraft werden, die nicht mit „Jugendstrafrecht“ und „Bewährung“ zu weiteren Straftaten anreizt.“ — (jöd)

Aufhebung der Todesurteile gefordert

Bremen. Der Vorsitzende der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, Ulrich Finckh, hat die generelle Aufhebung der rund 50 000 Todesurteile deutscher Militägerichte im Zweiten Weltkrieg gefordert.

In einer anlässlich des 20. Juli verbreiteten Erklärung heißt es, wer sich dem von Adolf Hitler angezettelten Krieg mit Wort oder Tat verweigert habe, sei von der Militärjustiz „mörderisch verfolgt“ worden. Es sei nicht zu rechtfertigen, daß der Rechtsausschuss des Bundestages mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP die Aufhebung der Todesurteile ablehne.

Die Bremer Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz forderte ebenfalls die Aufhebung der Urteile wegen Desertion, Wehrdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung. Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ seien auf Weisung Hitlers mit 30 000 Todesurteilen verfolgt worden. Die wenigen hundert Überlebenden gelten noch immer als „vorbestraft“. Diese „Kriminalisierung“ müsse beendet werden. Quelle: „FR“, 20.7.94 — (u.b.)

Wachbataillon marschiert im Gleichschritt weiter

Bonn. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Körperverletzung gegen sieben Angehörige des Wachbataillons der Bundeswehr eingestellt. Den Bundeswehrsoldaten war vorgehalten worden, vor acht Wochen in einem Linienbus in Siegburg antisemitische und rassistische Parolen gerufen und einen Fahrgäst verprügelt zu haben. Die Staatsanwaltschaft fand „daran nicht einmal einen „Anfangsverdacht“ für einen Prozeß. — (peb, aus: „Antifaschistische Nachrichten“)

Lange Arbeitszeiten bei IBM

DAG-Tarif jetzt für neue Bereiche gültig

Seit 1. Juli arbeiten die 1800 Angestellten der IBM Entwicklung GmbH in Böblingen zwei Stunden länger pro Woche — bei gleichem Gehalt. Mit der DAG wurde die Übernahme ihres bei der IBM Informationssysteme GmbH (Stuttgart) abgeschlossenen Haustarifvertrags vereinbart.

Durch Aufspaltung des Konzerns in Tochterunternehmen und Austritt aus dem Arbeitgeberverband entzog sich IBM Deutschland vor eineinhalb Jahren dem Geltungsbereich der IG-Metalltarife. Lediglich die Werke blieben in der Tarifbindung. Zum 1.1.1994 verständigte sich die mit 12000 Angestellten größte IBM-Tochter, die IBM Informationssysteme GmbH, mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft auf einen Haustarifvertrag. 38-Stunden-Woche ohne Gehaltserhöhung, geringere Tarifgehälter und Sonderzahlungen, Erleichterung bei Abgruppierungen, Schulungstage ohne Gehaltsfortzahlung, leichtere Anordnung von Wochenendarbeit — IBM-Personalchef Richter war zufrieden: „Mit der DAG konnten wir unsere Vorstellungen weitgehend realisieren ... Rechnet man alle Komponenten des Tarifvertrags ein, so sparen wir über zehn Prozent.“

Die Leitung des IBM-Entwicklungsabors pokerte weiter. Ziel war eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden, stärkere „erfolgs- und leistungsorientierte“ Gehaltsdifferenzierung, befristete Positionszulagen statt dauerhafte Höhergruppierungen, Weiterbildung auch außerhalb der Arbeitszeit, „Bereinigung“ von Überstundenzuschlägen und „Abbau von unzeitgemäßen Leistungen“. Auf den Betriebsrat wurde massiv Druck ausgeübt, sämtliche Betriebsvereinbarungen wurden gekündigt. Als der Betriebsrat auf das Betriebsverfassungsgesetz verwies, wonach üblicherweise tariflich geregelte Arbeitsbedingungen nicht Gegenstand von Betriebsvereinbarungen sein dürfen, drohte die Geschäftsleitung mit einzelvertraglichen Änderungen: „Freiwillig“ sollten die Beschäftigten einer 40-Stunden-Woche bei nur teilweisem Gehaltsausgleich zustimmen, „kostenneutral“ finanziert durch Streichung von übertariflichen Leistungen.

Um die Belegschaft in die Auseinandersetzung einzubinden, informierte der Betriebsrat über seine Rechtsauffassung und veranstaltete eine Umfrage, an der sich jeder Zweite beteiligte. Für 86 Prozent war eine einzelvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen „keine“ oder eine „schlechte“ Lösung, lediglich sieben Prozent sahen hierin eine „gute“ oder die „beste“ Lösung. Kollektive Regelungen einzige per Betriebsvereinbarung fanden 41 % gut und 47 % schlecht; die Übernahme des DAG-Tarifvertrags war für 38 % akzeptabel und für 37 % nicht. Aber auch die Wiederinkraftsetzung des Regelwerks der IG Metall war mit 37 % Zustimmung und 49 % Ablehnung nicht beliebter. Am meisten versprach man sich von einem Haustarifvertrag, der auf die betrieblichen Belange Rücksicht nimmt: 63 % waren dafür, 23 % dagegen.

Im April gab es die Laborleitung auf, den Betriebsrat weizuklopfen, und lud die DAG zu Tarifverhandlungen ein. Die IG Metall, die im Februar erneut 50 Beschäftigte zu einer Protestveranstaltung vor die Tore mobilisierten konnte, blieb außen vor, obwohl sie

„vorübergehend verlängerte Arbeitszeiten“ und „leistungsorientierte Bezahlung“ anbot.

Die DAG verlangte in Ergänzung zu ihrem Stuttgarter IBM-Haustarif u.a. eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf alle AT-Angestellte, einen finanziellen Ausgleich für die erhöhte Regelarbeitszeit bis in die mittleren Tarifgruppen, den Ausschluß von individuellen betriebsbedingten Kündigungen bis zum Jahr 2000 und höhere Gleitzeitflexibilität. Parallel zu ihren Verhandlungen lud sie zu einigen Informationsveranstaltungen in Konferenzräumen des Betriebes ein, an denen ca. 1 % der Belegschaft teilnahm.

Ende Juni wurde der Anerkennungstarifvertrag unterzeichnet, von den Zusatzforderungen konnte die DAG nicht viel durchsetzen. Lediglich der Gleitzeittopf darf statt auf 30 auf 40 Stunden angefüllt werden. Im Gegenzug müssen für „Schulungen aller Art“ bei der IBM Entwicklung GmbH jährlich bis zu drei Tage durch Abbau von Gleitmehrzeit bestritten werden, also ohne Gehaltsfortzahlung — in der IBM Informationssysteme GmbH waren es bis zu zwei Tage für Schulungen, „die im Interesse der Mitarbeiter“ liegen oder „durch Umschulung der Erhaltung des Arbeitsplatzes dienen“. Ähnliche Tarifübernahmen wurden auch in der IBM Systeme und Netze GmbH (Ehningen), in der IBM Bildungsgesellschaft mbH (Herrenberg) und in der IBM Mittelstand GmbH (Stuttgart) getroffen.

Der Tarifvertrag gilt unmittelbar für alle DAG-Mitglieder im Betrieb, IBM wendet ihn aber auf alle Beschäftigte außer den 15 bis 20 Prozent AT-Angestellten an, die 40 Stunden arbeiten sollen. Die Betriebsräte sehen sich nun in der Umsetzung des Vertragswerks unterschiedlichen Interpretationen der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ausgesetzt: Während die DAG aus dem Tarifverfassungsgesetz herleitet, daß ihr Tarif auch für Nicht-DAG-Mitglieder gelten muß, bestreitet die IG Metall eben dieses. Sie fordert ihre Mitglieder auf, Einspruch dagegen zu erheben, daß nun die individuell nachwirkend geltenden Metall-Bestimmungen ausgeholt sind.

Die meisten Beschäftigten haben die neuen Arbeitsbedingungen — wenn auch mit leisem Grollen — hingenommen und sich kaum aktiv an ihrer Gestaltung beteiligt. Angesichts der Strukturkrise der EDV-Branche, die bei der IBM Deutschland zu einem Abbau von mindestens 6000 Arbeitsplätzen in diesem und im nächsten Jahr führen wird, konnten die Unternehmensleitungen Verständnis für eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auch per Tarifdumping finden. Die überwiegend hochqualifizierten Angestellten mit Durchschnittsjahresgehältern weit über 100 000 DM zeigen eine hohe Identifikation mit Firma und Beruf; hinzu kommt, daß die effektive Wochenarbeitszeit für viele schon heute über 38 Stunden liegt und die Arbeitsdauer und -intensität eher im Zusammenhang mit der „festen“ ProjektAufgabe gesehen wird: Das Arbeitsvolumen bleibt ja gleich. Schließlich hat auch die Kenntnis der subtilen Möglichkeiten des Unternehmens, unbotmäßiges Verhalten zu sanktionieren, davon abgehalten, sich allzusehr für eigene Interessen zu engagieren. — (wor)



Foto: af/mz

Moderne Sklavenarbeit auf Ost-Baustellen

Mit dem EU-Binnenmarkt hat die Zahl der „Subarbeiter“ zu Elendlöhnen zugenommen

Sein Anfang vergangenen Jahres „entdecken“ deutsche, darunter auch viele ostdeutsche Bauunternehmer, die Vorteile der Zusammenarbeit mit Bauunternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Der Hintergrund dessen liegt bei weitem nicht im vielbeschworenen „Bauboom“ im Osten Deutschlands begründet: Mit dem Inkrafttreten des europäischen Binnenmarktes am 1.1.1993 entstanden zahlreiche Beschränkungen des Einsatzes von Arbeitskräften aus Ländern, die nicht der EU angehören. Bis zu diesem Zeitpunkt bediente sich die (ost-)deutsche Bauwirtschaft, oder besser gesagt, diejenigen großen Baukonzerne, die die ehemals DDR-Baukombinate „übernommen“, der „traditionellen“ Zusammenarbeit mit osteuropäischen Subauftragnehmern, meist auf der Basis von Werkverträgen, um unter den neuen Bedingungen möglichst billig Bauleistungen zu erbringen bzw. erbringen zu lassen. Nunmehr werden diese Nichtmitgliedsländer der EU betreffenden Limitierungen dadurch umgangen, daß man sich auf Kontakte zu Subauftragnehmern aus solchen EU-Mitgliedsländern orientiert, in denen das Lohnniveau ebenfalls beträchtlich unter dem (ost-)deutschen Tarifvereinbarungen liegt. So ist es also nicht verwunderlich,

dass auf Baustellen zunehmend mehr Arbeitskräfte beispielsweise aus Irland, Italien und Portugal anzutreffen

sind. Zum Teil führt dies auch dazu, daß Generalauftragnehmer aus dritten Staaten (z.B. aus Österreich oder Schweden) für Großprojekte in Deutschland auf Subauftragnehmer bzw. Werkverträge mit Firmen aus den erstgenannten Ländern zurückgreifen. Es sind sogar Fälle bekannt, wo britische Bauleute als Ein-Mann-Subunternehmer im Auftrag niederländischer Firmen in Deutschland tätig sind.

Diese Sachlage und die damit verbundene „Nachfrage“ trifft z.B. die portugiesische Bauwirtschaft völlig unvorbereitet. Nur wenige Unternehmen sind darauf eingestellt, in Deutschland in Arbeitsgemeinschaften mit lokalen Unternehmen tätig zu werden oder Werkverträge auszuführen. Trotzdem ist das Interesse ausländischer Bauunternehmen, auch vor dem Hintergrund der Rezession im eigenen Land, ungebrochen und eher weiter steigend. Auch die Arbeitskräfte dieser Firmen sehen in einer zeitweisen befristeten Tätigkeit auf deutschen Baustellen Möglichkeiten, trotz aller Probleme und ausländerfeindlichen Tendenzen im gesellschaftlichen Leben recht schnell für die Bedingungen ihres Heimatlandes relativ viel Geld zu verdienen.

Auf diese Weise entstehen Verhältnisse, die sich selbst bei Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften sowohl durch den Auftraggeber als auch den Subauftragnehmer eigentlich kaum anders als

Fortsetzung nächste Seite oben

mit den Worten „moderne Sklavenarbeit“ beschreiben lassen. Oft beträgt der Bruttoverdienst der ausländischen Bauleute lediglich die Hälfte dessen eines potentiellen deutschen Kollegen, die Bezahlung für die Überstunden einer Sechs-Tage-Woche mit oft 10 bis 12-stündigen Arbeitstagen schon einge-rechnet. Treten dann noch Firmen in Erscheinung, die illegale Arbeitnehmerüberlassung praktizieren, Lohnzah-lungen über Wochen und Monate schuldig bleiben, sehen sich die ausländischen Bauleute oftmals schutz- und mittellos den Realitäten ausgesetzt.

Zunehmend erscheinen seit Anfang des Jahres auch in den Medien Meldungen über diese rüden Praktiken auf deutschen Baustellen und vereinzeltes Auflehnern ausländischer Arbeitskräfte dagegen. So mußte z.B. im Mai in Berlin-Pankow ein italienischer Diplomat vermittelnd einschreiten, als zwei italienische Bauleute drohten, sich wegen ausstehender Zahlungen von einem Baukran zu stürzen. Im März bzw. Mai blockierten portugiesische und britische Bauleute ganze Baustellen und drohten mit der Zerstörung der begonnenen Bauten, da Lohnzahlungen oft über Monate ausblieben. Oft wird nur die Spitze des Eisbergs bekannt, solche bzw. ähnliche Aufstellungen ließen sich weiter fortführen.

Dies alles ist neben der Skrupellosigkeit von Bauunternehmern auch Konsequenz dessen, daß in der EU zwar Gesetze und Richtlinien über den Verkehr von Waren, Leistungen, Personen und Kapital bestehen, jedoch eine europaweite Sozialgesetzgebung zum Schutz der Interessen derjeniger, die die Arbeitsleistungen unter oft komplizierten Bedingungen tatsächlich erbringen, noch in weiter Ferne liegt.

„Sub-Arbeiter“ aus Portugal, Irland, Großbritannien ...

Angesichts dieser Tatsache beabsichtigt die Kommission der EU mittlerweile, durch die Koordinierung der Gesetze der Mitgliedsstaaten eine Liste zwingender Bestimmungen festzulegen, die von allen Unternehmen einzuhalten sind, die Beschäftigte zur Erbringung einer zeitlich begrenzten Leistung ins Ausland entsenden. Die Firmen sollen damit veranlaßt werden, einen „harten Kern“ von im Gastland geltenden Schutzbestimmungen einzuhalten. Das betrifft maximale Arbeitszeiten, Mindesturlaub, Mindestlohnsätze und den Gesundheitsschutz. Wichtig wäre, auch inländische Auftraggeber bzw. Bauherren hierfür in die Verantwortung zu nehmen bzw. diese Schutzbedingungen europaweit auf möglichst hohem Niveau anzugeleichen, was wohl eine illusorische Forderung bleiben dürfte.

Nur durch Druck von unten, länder-übergreifende Zusammenarbeit von Gewerkschaften, politischen Kräften, die sich als tatsächliche Interessenvertreter der sozial Benachteiligten verstehen, in den geschilderten Fällen durch gemeinsames Handeln deutscher und ausländischer Kollegen kann durchge-setzt werden, daß dem Entstehen eines europäischen Binnenmarktes (samt seines Auswuchse) endlich auch durch das Entstehen einer europäischen Sozialunion entsprochen wird. Und zwar einer solchen, die sich nicht nur an Minimalleistungen, sondern an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert. In der End-konsequenz darf dies auch nicht an den Grenzen der EU haltmachen, sonst finden sich ganz schnell Wege, daß an die Stelle der geprellten italienischen, britischen und portugiesischen Bauleute die wiederum geprellten polnischen, ungarischen, afrikanischen und arabischen gerückt werden. — (MAB)

Erst die Landschaften zugebaut, jetzt die Städte „belebt“

Bündnis 90/Grüne kritisieren in einer großen Anfrage die Politik der Landesregierung zu Gewerbegebieten und Einkaufsflächen

Die versprochenen blühenden Landschaften vor Augen, wurde in den ersten Jahren nach der Wende die sprichwörtliche „grüne Wiese“ vor den Toren der Städte und Gemeinden auch in Sachsen zum Tummelplatz des erhofften Aufschwungs Ost. Jede Gemeinde versuchte, möglichst großzügig Platz zu schaffen, auf daß sich Industrie und Handel ansiedle: Gewerbegebiete und Sonderflächen für große Einkaufszentren entstanden, in vielen Fällen von der Sächsischen Staatsregierung gefördert. Schnell, unproblematisch und billig sollte das gehen. 80 Prozent dieser Gebiete wurden deshalb außerhalb der Städte ausgewiesen, ohne Risiken durch ungeklärte Eigentumsfragen oder Altlasten. Industriebrachen blieben hingegen leer.

Vom „Wildwuchs“ sprechen Kritiker wie die Sächsische Landtagsfraktion Bündnis 90/Grüne. Durch ungehemmte Planungen werde unnötig viel Boden

genehmigt. Besonders großzügig wurde im Raum Leipzig geplant, 8099 Hektar sind hier für Gewerbegebiete vorgesehen. Der Regierungsbezirk Dresden nimmt sich da mit zusammen 5295 Hektar noch bescheiden aus. Neue Flächen, so das Wirtschaftsministerium, würden mittlerweile aber nur noch in Ausnahmefällen gefördert. In vielen Regionen sei der Bedarf gedeckt. Nun wird Wert gelegt auf einen „sparsamen Umgang mit der nicht vermehrbar Ressource Boden“. Eine „maßvolle“ weitere Erschließung sei dennoch sinnvoll und notwendig. Allerdings „vorrangig in zentralen Orten und vorzugsweise auf geeigneten brachgefallenen Altstandorten“.

Die großen Hoffnungen vieler Gemeinden haben sich freilich nicht erfüllt. Was bringt schon ein Gewerbepark, wenn sich nur wenige finden, die dort investieren. Immer häufiger wird deshalb nur ein Teil der ursprünglich

nen. „Unwahrscheinlich“, meint Bündnis-Fraktschef Klaus Gaber, „dann dürfte es in Sachsen ja bald keine Arbeitslosen mehr geben“.

Wie Pilze entstanden auf der grünen Wiese auch große Einkaufsmärkte. Mit großen Hoffnungen legten die Kommunen solche großflächigen Sondergebiete an, vergaßen aber die gewachsenen heimischen Einzelhandelsstrukturen. Es gab kaum Absprachen mit Nachbargemeinden oder großen Städten, jeder machte seins. In solchen „Speckgütern“ um die Großstädte entstand mit der Zeit aber ein Überangebot an Einzelhandelsflächen. Die Folgen: Kleine Geschäfte in den Zentren hatten keine Chance, eine einladende, mittelständische Einkaufsstruktur konnte gar nicht wachsen. Statt dessen schieben sich die Autokolonnen zu den Märkten am Stadtrand.

In vielen kleinen Orten gibt es mittlerweile gar keine Einkaufsmöglichkei-



Foto: af/mz

beansprucht, Naturflächen würden ver-siegelt oder zerschnitten, das Stadt-Umland-Gefüge sei in vielen Fällen gestört. Während die Städte verödeten, wuchsen außerhalb überdimensionierte, nicht ausgelastete Gebiete. Bei der frühzeitigen Planung und Koordinierung der Gewerbeansiedlungen habe der Freistaat „bewußte Abstinenz“ geübt. Investitionen hätten absoluten Vorrang gehabt, Naturschutz und Landesplanung seien vernachlässigt worden. Für Klaus Gaber, Fraktionschef von Bündnis 90/Grüne, ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen. Er möchte wissen, „wie das Land es nun dort wieder herausholen will“, und stellte eine große Anfrage an die Staatsregierung. In der Antwort beschreibt das Innenministerium den momentanen Stand.

12097 Hektar Gewerbegebiet wurden in Sachsen bislang raumordnerisch be-fürwortet, 7669 Hektar baurechtlich

geplanten Fläche erschlossen. Von den 227 vom Freistaat finanziell geförder-ten Gewerbegebieten ist derzeit ein Viertel voll belegt, der Rest zu ungefähr 75 Prozent. „Nach erst drei Jahren ein sehr gutes Ergebnis“, meint der Wirtschaftsminister. Man gehe davon aus, daß die geförderten Flächen künftig vollständig mit gewerblichen Unternehmern belegt werden.

Einen konkreten Überblick, wie viele Arbeitsplätze denn diese Gebiete gebracht haben, hat das Ministerium offenbar nicht. Pro Hektar Fläche sei Sachsen bisher von durchschnittlich 45 (Dauer-)Arbeitsplätzen ausgegangen. „Ein sehr günstiger Wert“, so der Minister. Bei der Prognose gilt die Formel: 40 Arbeitsplätze pro Hektar Gewerbegebiet. Eine Orientierungsgröße, von der auch nach unten abgewichen werden kann. Insgesamt ließen sich also 452000 Arbeitsplätze errechnen, die erhalten oder neu geschaffen werden kön-

ten mehr. Im dünnbesiedelten ländlichen Raum müsse deshalb die Versor-gung verbessert werden, analysiert das Ministerium. Auch die größeren Städte müßten erst wieder zum „Einkaufs- und Erlebnisraum“ werden. „Revitalisie- rung“ der Zentren heißt die Parole, auch durch Ansiedlung von großen Einkaufszentren in der City. Die Umstruk-turierung wird allerdings nicht von heute auf morgen gelingen, denn in den Städten fehlt Gewerberaum.

Direkten Einfluß könne die Staatsre-gierung auf die selbstständigen Kom-munen ohnehin kaum nehmen, wird beklagt: „Wir können immer nur Rah-menbedingungen setzen.“ So bleibt nur, „vor allem bei kleineren Gemeinden“ Verständnis zu wecken, daß nicht un-eingeschränkt Sondergebiete mit groß-flächigem Einzelhandel geplant werden können.“

Quelle: „Sächsische Zeitung“, 29. 3. 1994
— (sta)

Tolerante Opposition?

Dr. Thomas Drzisga zu Sachsen-Anhalt

Wellenbewegungen politischer Emotionen durchfluten die deutschen Lande angesichts der Ereignisse in Magdeburg.

Da lohnt es wohl doch den Blick zurück, nicht im Zorn, sondern zu tieferem Verständnis.

„Volksfront“ in Sachsen Hauptstadt

Dresden. Eine besondere Art von „Volksfront“ haben sich die Vertreter mehrerer Dresdner Parteien für ihr Stadtparlament ausgedacht. Sie wollten dem CDU-Bürgermeister wenigstens 5 Beigeordnete aus ihren Reihen, zwei von der SPD, einen Grünen, einen FDPler und einen Parteilosen vorsetzen. Um dies perfekt zu machen, setzten sie sich mit dem Fraktionsvorsitzenden der PDS zusammen. Die Duldung dieses Coups durch die PDS wäre unabdingbar und wurde von ihnen vorausgesetzt.

Ihren Vorstellungen lag aber eine recht eigenwillige Mathematik zugrunde. Nach den Kommunalwahlen hat die CDU 25, die PDS 16 und die SPD 11 Sitze, den Rest der 70 Mandate teilen sich die anderen (FDP, DSU, Grüne u.a.). Da wären die Vorstellungen der CDU, mit der SPD gemeinsam die Mehrheit zu bilden und von den acht vorgesehenen Beigeordneten fünf durch die CDU und drei durch die SPD zu besetzen, noch realistisch. Realistischer auch die Vorstellungen des PDS-Fraktionsvorsitzenden: Der PDS stehen zwei Beigeordnete und der CDU wenigsten drei zu.

Letztlich könnte sich die Sache wie in Potsdam entwickeln, denn der CDU-Oberbürgermeister hat das Vorschlagsrecht. — (sta)

PDS Sachsen auf Wahlzetteln unter „übrige Parteien“

Dresden. Am 25.7.1994 veröffentlichte der Sächsische Landeswahlleiter eine Mitteilung, nach der die PDS auf den Stimmzetteln zur Landtagswahl die Listennummer 8 erhalten hat. Nach dem sächsischen Wahlgesetz erhalten die Parteien, die bereits im Landtag sind, die ersten Listenplätze nach der Zahl der bei der letzten Wahl erhaltenen Wählerstimmen, die übrigen werden anschließend in alphabetischer Reihenfolge der Parteinamen eingruppiert. Zwar geht aus der Bezeichnung der bei der letzten Wahl zugelassenen Listenverbindung eindeutig der Träger der Verbindung, die PDS hervor, auch mußte die PDS entgegen den anderen „übrigen“ Parteien keine Unterstützerunterschriften beibringen, womit im Prinzip zugebilligt wurde, daß sie im Landtag vertreten ist, auch auf Bundesebene wurde trotz Listenverbindung der Status als im Parlament vertretene Partei anerkannt, aber in Sachsen ist dies nicht möglich. — (sta)

Landtagsstenogramm, Magdeburg, 21./22. Juli 1994

(...) Der Alterspräsident MdL Tschiche, Bündnis 90/Grüne, ergreift das Wort zu einer kurzen, aber außerordentlich bemerkenswerten Rede. Er formuliert fünf Einsichten, zu denen er im Verlaufe seines Lebens gekommen ist:

„(...) Ich werde niemals den nationa-

listischen Rattenfängern folgen. Ihr arroganter Hochmut gepaart mit Macht bringt Unglück über die Welt. (...) Ich werde niemals den Machtbesessenen folgen, die ihren Traum von einer gerechten Welt mit Gewalt durchsetzen wollen. Ihr doktrinärer Hochmut gepaart mit Macht vertieft das Unrecht in der Welt. (...) Veränderungen wachsen von unten. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind die Träger der Demokratie — nicht die pa-

triarchalischen Machteliten, bei denen Überzeugungen zu Phrasen geronnen sind. Ihr leeres Pathos gepaart mit Macht zerstört die Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern. (...) Widersprüche gegen die Irrwege der Mächtigen gehören in die Öffentlichkeit. Schweigen aus Angst macht uns zu Mittätern. (...) Ich will die Wirklichkeit wahrnehmen, denn die gilt es zu gestalten. Scheuklappen berauben mich der Handlungsfähigkeit. (...)“

doch immer die Katze im Sack ge- oder verkauft wird ...

Wie sich zeigt, wurde das Signal verstanden, in Bonn wie in Magdeburg. Auch ohne förmlichen Briefwechsel zwischen Vorständen von PDS und SPD.

Wie nun weiter? Die Minderheitsregierung ist da, was wird die PDS tun? Von Ratlosigkeit ist die Rede, über „Leitlinien zur Tolerierung“ wird verschiedentlich nachgedacht. Ist es das, was die PDS jetzt braucht? Schließlich ist diese Partei mit einem Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt angetreten, das mehr als ein Stückchen buntbedrucktes Papier ist! Also ist doch wohl allemal klar, was die PDS will.

Und es war immer unmissverständlich gesagt, Blankschecks werden nicht verteilt, auch nicht an die neue Regierung von Sachsen-Anhalt. Es gilt also nun, bei konkreten Entscheidungen konkrete Mehrheiten zu finden. Die CDU empfindet dies als politisch aberwitzig, aber das mag ihr Problem sein ... Ist es nicht vielmehr eine Chance zu neuen Politikansätzen? Sollte der Umstand wechselnder Mehrheiten nicht alle Beteiligten dazu zwingen, vordergründiges Parteienkalkül, Parteidrang endlich vor der Haustür des Landtages zu lassen und stattdessen so zu entscheiden, daß tatsächlich etwas für die Bürgerinnen und Bürger des Landes herauskommt? So manchen Politikerinnen und Politikern scheint dies unvorstellbar. Das ist aber kein Argument, da sollten sie vielleicht ein wenig an ihrer Vorstellungskraft arbeiten, wenn sie denn den Auftrag von Wählerinnen und Wählern ernst nehmen ...

Wird sich die PDS nicht doch verein-

nahmen, instrumentalisieren lassen, wenn sie vor der Wahl steht, auch eigene Positionen mit Mehrheiten auszustatten? Eine Frage, die auch aus den eigenen Reihen kommt. Natürlich ist die Gefahr immer vorhanden, schon dann, wenn man überhaupt in Parlamente geht. Die Gefahr bestand auch in der 1. Legislaturperiode schon, und es gab ein wirksames Gegenmittel: Das der Öffentlichkeit von Politik. Argumente, die nur hinter verschlossenen Türen, nicht aber öffentlich zu gebrauchen waren, die waren bislang kein Gegenstand von Politik für die PDS. Bleibt es dabei, so bleibt auch die Gefahr klein.

Und es bleibt die Erfahrung, daß die PDS ein anderes Verständnis von Opposition hat, nicht die platte Auffassung von der Regierung im Wartestand, sondern den Ausgangspunkt in Interessen von Bürgerinnen und Bürgern sehen. Diese sollen selbst die Möglichkeit haben, ihre Ziele, ihre Wünsche, ihre Vorstellungen zu artikulieren. Also auch nicht nur das Modell der Interessenvertretung, wie es die enge Vertretungs-Demokratie befürwortet, nach dem Motto: „Jetzt sind wir gewählt, und jetzt wissen wir am besten, was richtig, was falsch ist!“. Daß die PDS es bislang so nicht gehalten hat, ist wohl das eigentliche „Geheimnis“ ihrer Wahlerfolge.

Nun ist es also da, das Signal aus Magdeburg. Bleibt zu hoffen, es breitet sich aus, auf andere Bundesländer, bundesweit. Deutschland mag eines der demokratischsten Staatsgebilde auf dieser Erde sein, aber ist damit die Geschichte am Ende? Wohl kaum!

Thomas Drzisga ist Pressesprecher der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.

PDS will eine politische Wende in Mecklenburg

Helmut Holter zu den Kommunalwahl-Ergebnissen

Politik ohne PDS oder an der PDS vorbei ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr möglich. Die PDS wurde communal mit 24,5% zur drittstärksten und mit 27,3% bei der Europawahl zur zweitstärksten Partei in Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Absolut konnte die PDS bei der Europawahl ca. 85000 Stimmen im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1990 hinzugewinnen.

Im Ergebnis der Kommunalwahl ergab sich folgendes Bild:

- Von 12 Landkreisen hat die CDU in 10, die SPD und PDS jeweils in einem Kreis gewonnen.
- Die Wahl der Landräte ergab, daß die CDU 5 Landräte, die SPD 6 stellt. Auf der Insel Rügen wurde die parteilose Landrätin wiedergewählt.
- Von den 6 kreisfreien Städten gewann die PDS in Rostock (33,2%), Schwerin (34,0%) und Neubrandenburg (32,1%). In Wismar siegte die SPD, in Stralsund und Greifswald die CDU.

Es wurden 3 Oberbürgermeister der SPD, 1 CDU-Oberbürgermeister in Greifswald und 1 parteiloser Oberbürgermeister in Neubrandenburg gewählt. Die Hansestadt Stralsund hat die Oberbürgermeisterstelle ausgeschrieben.

Nach der Kommunalwahl haben PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne unabhängig voneinander erklärt, eine Zementierung konservativer Politik durch die Wahl von CDU-Landräten und -Oberbürgermeistern auf 7 bis 9 Jahre zu verhindern.

Die PDS hat mit politischer Konsequenz SPD-Landräte unterstützt. In einigen Kreisen kommt der Kreispräsident von der PDS.

In Rostock und Schwerin kam es zu internen bzw. offenen Absprachen zwischen SPD und CDU, um kommunale Amtsträger der PDS zu verhindern.

Nur in Neubrandenburg konnten sich PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne auf einen parteilosen Oberbürgermeister-Kandidaten einigen. In Neubrandenburg stellt die PDS die Stadtpräsidentin und eine Beigeordnete.

Die PDS will eine politische Wende in Mecklenburg-Vorpommern. Diese sieht sie in einer linken Reformpolitik, die PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne auf den Weg bringen können.

Die WählerInnen in Mecklenburg-Vorpommern haben mit eindeutigen Mehrheiten links von CDU und F.D.P. ihren Wunsch nach politischen Veränderungen zum Ausdruck gebracht.

Mit der Kommunalwahl und den konstituierenden Sitzungen ist ein Anfang gemacht. Die SPD muß sich zwischen einer Koalition mit der CDU und linker Reformpolitik entscheiden.

Für die PDS heißt es, entsprechend ihrem programmativen Selbstverständnis und dem WählerInnenwillen, Verantwortung zu übernehmen.

Helmut Holter ist Landesvorsitzender der PDS in Mecklenburg-Vorpommern.

Irreführende Argumente und neue „Ausschließlichkeits“-Ansprüche

Manfred Weißbecker zu den Veranstaltungen aus Anlaß des 50. Jahrestags des 20. Juli 1944

Herausragende geschichtliche Ereignisse unterliegen in besonderem Maße ständiger Neubefragung durch nachfolgende Generationen sowie einer sich wandelnden Deutung. Nachdenkliche Rückschau ist normal und im Grunde täglich zu erleben. Historische Sichtweisen verändern sich nun einmal stets mit den Verhältnissen. Was, so muß man sich allerdings fragen, ist heutzutage normal im Umgang mit der Geschichte, was ist in diesem Sinne „unnormal“ — beispielsweise im Gedanken einiger konservativer Kreise an den 20. Juli 1944?

Der Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems und der „Sieg“ des Kapitalismus wandelten und „wendeten“ historisch-politische Interessenlagen in grundsätzlicher Weise. Da tauchen neben legitimaten neuen Fragestellungen auch Argumente auf, die aus den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges stammen und die längst als überholt betrachtet werden konnten: und das sicher nicht allein wegen der besonderen Vielzahl von Wahlen in diesem Jahr. Wen wundert's, daß die Erinnerung an das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 ein halbes Jahrhundert danach wiederum von argen Versuchen zur vorwiegend parteipolitischen Nutzung der Geschichte begleitet wird. Manche sprechen in diesem Zusammenhang sogar von einem neuerlichen „Historiker-Streit“ in Anlehnung an jene erregten Auseinandersetzungen, die einige konservative Denker 1986/87 vom Zaun gebrochen hatten. Tatsächlich läßt die Kenntnis früherer Bemühungen um eine neue nationalkonservative Geschichtsdeutung vermuten, daß jener berühmten Spitze des Eisbergs gleicht, was ein Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Attentäters und CSU-Europaabgeordneter, so vehement unternimmt, um den nachweislich hohen Anteil der Kommunisten am antifaschistischen Widerstand sowie die Tätigkeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ aus offiziellem Gedenken und politisch-moralischer Würdigung durch die „wiedervereinigte“ Bundesrepublik zu entfernen. So argumentierte die FAZ am 4. Juni, daß alles, was der 20. Juli bedeuten würde, verschwimme, ... wenn Tresckow, Stauffenberg, Beck, Olbricht, Moltke, Delp, Bonhoeffer, Goerdeler, Mierendorff mit den Gründern der zweiten deutschen Diktatur zwangsverbrüdet werden“. Wie kann eigentlich vergessen werden, daß es der deutsche Faschismus gewesen ist, der eine „Galgenfront“ quer durch die anderen politischen Lager errichtete und der alle existentiell bedrohte, die sich nicht gewillt zeigten, auf seiner Linie zu marschieren? Mit seinem brutalen Terror, seiner maßlosen Expansionspolitik und seiner menschenverachtenden Ideologie „verbrüderte“ der Nationalsozialismus alle seine Gegner, gleich ob es diesen bewußt, willkommen oder unerwünscht gewesen ist. Viele Feinde nahm der deutsche Faschismus bekanntlich in sein Visier: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten, Christen, Juden und zahlreiche andere Völker. Jeder Nicht-Nationalsozialist mußte sich herausgeföhrt fühlen. Wer also übt tatsächlich den beklagten „Zwang“ aus?

Zu fragen bleibt ebenso, worin die erzwungene „Verbrüderung“ gegen Hitler und Krieg bestand? In Unehrenhaftem gewiß nicht, eher in Unzulänglichem. Von vornherein existierte der Widerstand weniger in der Form eines einheitlichen Antifaschismus als vielmehr in der Gestalt unterschiedlichster Antifaschismen. Allein im „Anti“ lag deren Gemeinsamkeit. Sie richteten sich gegen etwas und ließen dennoch offen, welche Ziele sie ansonsten verfolgten bzw. in einem von den Nazis befreiten Deutschland verfolgen würden. Antifaschismus konnte daher lediglich als Einheit einer nichtfaschistischen Vielheit existieren und mußte in diesem Rahmen seine Politikfähigkeit erproben. Die Gegner Hitlers hatten sich daran zu orientieren und den kleinsten Nenner an Gemeinsamkeit in ihrer unmittelbaren Zielsetzung zu suchen. Es gehört zu den bedrückenden geschichtlichen Erfahrungen, daß die meisten unter ihnen nicht in der Lage waren, über ihren jeweiligen Schatten zu springen und deshalb als Gesamtheit versagten: Trennendes stand in größerem Maße zwischen ihnen als das gemeinsame Anliegen gegenüber der Barbarei. Dies ist wohl auch der Kern jener These, die da besagt, daß der deutsche Faschismus 1933 an die Macht gelangen konnte, weil er unterschätzt worden war, dies darf aber auch, gleichsam modellartig, als Erfahrung für die Lösung ganz anderer Probleme betrachtet werden, seien es global-ökologische Zukunftsbedrohungen, die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden u. ä. m. . .

Unzähligen Widerständlern kostete es das Leben, für ihre Sache eingetreten zu sein. Ihrer zu gedenken, sollte in jedem Gesellschaftssystem unerlässlich sein, erst recht in einem, das den Anspruch erhebt, als demokratisch verfaßt zu gelten. Aller Opfer zu gedenken, zählt seither zu den unabdingbaren moralischen Pflichten und zur politischen Verantwortung aller Menschen. Erst recht gehört es in den Normenkatalog jener, die den unmenschlichen Auswirkungen des hitler-faschistischen Regimes wider ihren Willen und Glauben unterlagen und die dessen Widerkehr — gleich in welcher Gestalt — verhindern wollen. Auch jede Aufspaltung von Erinnerungsstätten in solche, die der Helden gedenken, und solche, die andere Hitiergegner gerade man noch in Dokumentationszusammenhängen erwähnen dürfen, führt in die Irre und hat mit der von Kohl und Diepgen beschworenen Menschenwürde nichts gemein.

Opfer und Widerständige im Gedächtnis zu bewahren, ihrer hochachtungsvoll und nachdenklich zu begegnen, heißt selbstverständlich, sich ihrer anhand der komplexen geschichtlichen Wahrheit zu erinnern. Gegen dieses Prinzip zu verstößen sowie die „guten“ von den „bösen“, die „vorbildhaften“ von den sonstigen Hitiergegnern trennen zu wollen, darf nicht geduldet werden, nicht einmal als läßliche Sünde. „Gläubigen“ Antifaschismus nannte Erich Fried ein solches Tun, und mit Recht konstatierte er, dies sei ein sehr „schlechter“ Antifaschismus. Heutiges Erinnern erfordert zugleich kritische Rückschau auf die Geschichte des Gedankens seit 1945, auf die bitteren Er-

fahrungen eines unzulänglichen, mißbräuchlichen und ritualisierenden Umgangs mit den Opfern der Nazibarbarei. Vordergründige Jahrestagsveranstaltungen gab es genug; auch an manchen ihrer Unzulänglichkeiten und legitimationsbeflissenem Borniertheiten ging die DDR zugrunde . . .

Vordergründig, einseitig und durchsetzt mit mancherlei Ausschließlichkeits-Ansprüchen war die selektive Behandlung der Widerstandsthematik überall — in der DDR, die hauptsächlich den Widerstand von Kommunisten würdigte, in der BRD, wo lange Zeit außerhalb des 20. Juli 1944 kaum ein anderer Widerstand gesehen worden ist. Die Ausgrenzung des einen oder anderen Teils des Widerstands führte hier wie dort zum Verlust an humanistischer Politiksubstanz. Ein vernünftiger Umgang mit der Geschichte forderte immer eine ganzheitliche Sicht auf den Widerstand, erfordert heute notwendigerweise auch die konsequente Ablehnung eines, um im gewählten Bilde zu bleiben, haßerfüllt-gläubigen Anti-Antifaschismus.

Vieles stimmt an diesem bedenklich, so z.B. das Argument, Widerstand sei allein von „Patrioten“ geleistet worden. Übrigens glaubten noch im Jahre 1989 19 % der Bevölkerung in der damaligen BRD, Stauffenberg und die anderen seien „Verräter“ gewesen. Heute differenziert z.B. der konservative Publizist Wolfgang Venohr das Problem insofern, als er glauben machen will, es sei den Verschwörern vom 20. Juli 1944 zwar um einen vertretbaren „Hochverrat“ gegen Hitler gegangen, niemals aber um einen schändlichen „Landesverrat“. Hier wie anderswo wird neben der allgemeinen Delegitimierung des kommunistischen Widerstands dessen Ent-Nationalisierung betrieben, begleitet von einer Re-Nationalisierung des wieder allein auf den 20. Juli eingeengten „deutschen Widerstandes“.

Des Weiteren wird das Argument ins Feld geführt, Kommunisten seien nicht als Widerständige zu würdigen, da sie keinen demokratischen Rechtsstaat angestrebt hätten. Soll das vergessen machen, daß sie gegen Hitler kämpften, früher als andere, aufopferungsvoller als viele sonst? Wider besseres Wissen wird auch alles übersehen, was es in verschiedenen programmativen Dokumenten der am Umsturzversuch vom 20. Juli Beteiligten an Zukunftsvorstellungen gegeben hat, die keineswegs unter dem landläufigen Begriff von Rechtsstaatlichkeit zu subsumieren sind. In den Plänen der Goerdeler-Gruppe war von Demokratie keine Rede, und nirgendwo war für die Nachkriegsordnung ein europäisches Deutschland ins Auge gefaßt. Dies übersehend, wird allein ein heutiges Politikverständnis zur Elle gewählt; damalige Politiknotwendigkeiten bleiben außen vor.

Dazu paßt, wie mit großer Selbstverständlichkeit den Akteuren des 20. Juli zugestanden wird, ihre frühere Begeisterung für den Nationalsozialismus überwunden und sich gewandelt zu haben. Dem Prozeß des Gesinnungswandels wird jedoch im einzelnen kaum nachgespürt. Politisch-moralische Fragestellungen, wie sie für viele in den neuen Bundesländern naheliegen, wer-

den damit nicht verknüpft. Sind es möglicherweise auch aktuelle Probleme, die das verhindern? Immerhin war es mit Wilhelm Pieck ein Kommunist, der in seiner ersten Stellungnahme zu den Ereignissen vom 20. Juli 1944 erklärt hatte: „Es wäre unverzeihlich, wenn ein Antifaschist aus Mißtrauen gegen Generäle passiv beiseite stände . . . Beurteilen wir die Menschen nach ihren heutigen Taten gegen Hitler. Solidarität aller Hitlergegner ist das oberste Gebot des Handelns.“ Gilt ein Recht auf Umkehr nur für Nationalkonservative, fragte völlig zutreffend Manfred Asendorf im jüngsten Heft der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Einseitiges Politikverständnis läßt gerade viele derjenigen, die mit Recht das engherige Antifaschismus-Verständnis der ehemaligen DDR-Führung kritisieren, heute nichts anderes zu praktizieren verstehen, als selbst selektiv vorgehen, wohl nicht wissend, daß mit bloßer Umkehrung der Vorzeichen keine bessere Politik zu erreichen ist.

Das Ergebnis beklagen ernstzunehmende Historiker, u.a. Hans Mommsen, als Tendenz einer unzulässigen Verengung des Widerstandsbegriffs. Was in der beschriebenen Art und Weise zum Thema 20. Juli 1944 geäußert wird, scheint den Stab allein über bestimmte Teile von Opposition und Widerstand gegen die Hitlerbarbarei zu brechen. Eine solche Wertung ist jedoch irreführend. Es geht wohl um mehr. Die selektierenden Bewertungen sollen den Widerstand in seiner Gesamtheit treffen, sie sollen den Antifaschismus als geschichtliche Fehlkonstruktion diskreditieren. Das ärgerliche Teil wird für das Ganze genommen. „Verordnet“ sei der Antifaschismus gewesen, also diktatorisch, undemokratisch zustandegekommen, sagen die einen. „Unselig“ sei sein Tun und Lassen gewesen, meinen andere. Als Erscheinungsform des Stalinismus sei er im Grunde wie dieser dem Faschismus gleichzusetzen, sagen schließlich die Verfechter der erneut in Mode gekommenen Totalitarismustheorie. In ihm sei ein „Mythos“ sanktioniert worden, der dem Andersdenken von Bevölkerungsmehrheiten nicht entsprach. Längst steht nicht mehr allein das tatsächlich Kritikwürdige am Antifaschismus der DDR vor diesen Richtern; er soll ganz generell verurteilt werden. Durchsichtige anti-antifaschistische Attacken gelten „stören“ Momenten jeglicher Befestigung konservativer dominierter Machtverhältnisse. Dafür wird erneut ein wissenschaftsfremder Umgang mit der Geschichte in Kauf genommen. Dafür bemüht man sich — auf parlamentarischer Ebene und anderswo — um eine in die Geschichte verlängerte Politik der Ausgrenzung und Abwicklung. Politisches Kapital soll aus allem geschlagen werden, selbst wenn es sich um das kostbare Erbe des 20. Juli 1944 handelt. Wieder einmal wird „Geschichtspolitik“ betrieben und nicht die wirkliche Geschichte befragt . . .

Prof. Dr. Manfred Weißbecker war bis zur „Abwicklung“ 1992 Lehrstuhlinhaber für Geschichte an der Universität Jena. Er ist Vorsitzender des Jenaer Forums für Wissenschaft und Bildung e.V.

Projektarbeit bei BMW in der Software-Entwicklung für Fertigungssteuerung

Überlegungen zu Konsequenzen für Tarifverträge
Hans Waschkau

Der folgende Beitrag entstand für eine Arbeitsgruppe in der Verwaltungsstelle München der IG Metall, die sich mit Konsequenzen für Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge aus der Arbeit in Projekten beschäftigt hat. Hintergrund der hier dargestellten Überlegungen sind die Erfahrungen des Autors, der Vertrauensmann bei BMW ist, mit Kolleginnen und Kollegen. Es geht also nicht darum, umfassend Grundlagen für ein neues Tarifsystem zu entwerfen. Stattdessen werden aus der Untersuchung eines kleinen Bereiches Anforderungen an Tarifverträge formuliert. Ein Abgleich mit Anforderungen aus anderen Erfahrungen ist erforderlich und steht noch aus.

Was für Produkte werden in Projekten hergestellt?

In dem Bereich, der im Mittelpunkt dieses Beitrags steht, werden Software-Systeme erstellt, die von Zulieferern von Fahrzeugteilen verwendet werden. Und zwar von Zulieferern, die ebenfalls zu BMW gehören. Bei den zu lösenden Problemen geht es zum einen darum, die Produktion des Zulieferers transparent zu machen, damit dort diejenigen, die die Produktion steuern, immer wissen, wie der Produktionsstand ist und wieviel Einzelteile in der Fertigung rumliegen. Außerdem geht es darum, die Produktion der Zulieferteile mit der Fertigung, die die Teile benötigt, zu koordinieren. Diese Folgefertigung ist meistens die Fahrzeug-Montage. Die Koordination kann z.B. erfolgen, indem Produktionspläne erstellt werden, die sich nach den aktuellen Bedarfen in der Montage richten. Dadurch können überflüssige Umrüstzeiten beim Zulieferer vermieden werden. Außerdem können die Zwischenlager klein gehalten werden, da ja immer das produziert wird, was gerade gebraucht wird.

Wie sind die Abteilungen strukturiert? Wo sind dort Projekte angesiedelt?

Für die Erstellung der DV-Systeme sind zentrale Abteilungen in München zuständig, während Anwender Fertigungen von Einzelteilen in allen BMW-Werken in Deutschland sein können. Die zentralen Abteilungen sind wiederum nach Gruppen gegliedert. Diese Gruppen heißen seit einigen Monaten Anwendungsfelder, weil die Führungskräfte der Meinung sind, daß dieser Name prozeßorientiertes Denken erzeuge. Projekte sind meist innerhalb dieser Anwendungsfelder angesiedelt. Es gibt aber auch Projekte, an denen mehrere Anwendungsfelder beteiligt sind, z.T. auch abteilungsübergreifend. Bei solchen Projekten kann es zu Machtkämpfen um die Verfügungsgewalt über die Mitarbeiter kommen. Die oberen Führungskräfte wollen, daß die Mitarbeiter auch dem jeweiligen Projektleiter unterstehen, während Anwendungsfeldleiter teilweise darum kämpfen, die Kontrolle über ihre Leute zu behalten.



Problem in Projekten: Arbeitszeit

Ein großes Problem in Projekten ist die Arbeitszeit der Beteiligten. Um dieses vielschichtige Problem zu verdeutlichen, sollen zunächst die dabei vorliegenden objektiven Bedingungen sowie die unterschiedlichen Interessen dargestellt werden.

Termindruck in Projekten

Die Automobilindustrie nimmt unter allen Produktionen eine extreme Rolle ein: Nirgendwo sonst werden so komplizierte Maschinen wie Autos in so hohen Stückzahlen produziert. Viele Projekte sind an den Anlauf eines neuen Modells gekoppelt. Für die Erreichung dieses Termins muß die Belegschaft bei BMW wie eine Armee bei einem Angriff funktionieren. Wenn an irgendeiner Stelle eine Verzögerung eintritt, weil z.B. ein Projektteam zu spät fertig wird, liegen gleich Kapitalwerte brach, die bis an die Milliarden-Mark-Grenze heranreichen. Der terminliche Rahmen muß streng eingehalten werden, weil eine Verschiebung des Anlauftermins undenkbar ist. Auf den ersten Blick erweckt dies den Eindruck, daß lange Arbeitszeiten bei BMW im Rahmen von solchen Projekten unvermeidlich sind.

Diese extremen Bedingungen, die Überstunden als so selbstverständlich erscheinen lassen, ermöglichen jedoch in Wirklichkeit auch das Gegenteil. Gera de wegen der hohen Bedeutung der Termine kann eine realistische Terminplanung durchgesetzt werden. Das Argument, daß sonst die Termine platzen könnten, ist letztlich stärker, wenn es hart auf hart geht. So kann z.B., wenn ein gesetzter Termin nicht haltbar ist, der Leistungsumfang bis zu diesem Termin verringert werden. Durchsetzbar ist z.T. auch das Einplanen von Nebentätigkeiten (z.B. die Betreuung der Anwender eines bereits abgeschlossenen Projektes). Projektplanung hat bei BMW ein relativ hohes Niveau.

Trotzdem werden die Zeiten, die für die Durchführung von Projekten erforderlich sind, meistens zu niedrig geschätzt. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der Natur von Projekten, zu deren Merkmalen ja gerade die Einmaligkeit gehört. Bei jedem Projekt wird also mehr oder weniger was Neues gemacht. Damit sind der Planbarkeit von Projekten Grenzen gesetzt. Denn Planung ist nur mit Hilfe von Erfahrungswerten möglich, die aber gar nicht oder nur zum Teil vorliegen. Wer eine Zeitschätzung machen soll, neigt außerdem dazu, nur das Erwartete zu schätzen. Jedes Projekt ist aber voll von unerwarteten Vorkommnissen, die in der Planung nicht auftauchen. Nötig sind dafür Sicherheitszuschläge, die sich aber schwer vor sich selber und noch schwerer vor anderen rechtfertigen lassen, weil sie nicht mit konkreten Beispielen begründet werden können.

Es gibt auch noch andere Gründe für Fehlplanungen. So ist z.B. das Planen der Zusammenarbeit von vielen verschiedenen Gruppen ein ungelöstes Problem: Da der Endtermin feststeht, ist jede Terminverschiebung vorgelagerter Abteilungen eine Terminverkürzung für die folgenden Abteilungen. Z.T. wird versucht, dieses Problem durch „simultaneous engineering“ (eine Technik der „Schlanke Entwicklung“) zu lösen: Bei ständigen Absprachen ist es

möglich, daß Arbeiten, die voneinander abhängen, gleichzeitig begonnen werden. Die Anwendung dieser Technik ist aber noch nicht die Regel, die Technik selber ist noch nicht ausgereift.

Mehrma ls ist es schon vorgekommen, daß unter Zeitdruck Techniken gewählt wurden, die den hohen Anforderungen bei BMW nicht gewachsen waren. Wenn dies passiert, wird meist lange versucht, das geplante System durch Rumflicken zu retten. Kurz vor dem Endtermin kommt es dann zu Aufholjagden, unter denen alle Beteiligte zu leiden haben.

Neben sachlich notwendigen Terminen gibt es aber auch politische Termine, die Termindruck erzeugen. Der Projektleiter sagt einen Termin zu, der in keinem Zusammenhang dazu steht, wann das zu entwickelnde System wirklich gebraucht wird. Meistens sind auch diejenigen, denen der Termin zugesagt wird, nicht die unmittelbaren Anwender, sondern Führungskräfte darüber. Erweist sich der zugesagte Termin als zu knapp, dann drängt der Projektleiter in der Regel darauf, daß der Termin eingehalten wird, um sein Ansehen nicht zu verlieren. Wenn er sich damit durchsetzt, arbeitet das Projekt-Team wie verrückt, um den Termin einzuhalten. Nachdem das Projekt dann aber rechtzeitig fertig geworden ist, interessiert sich kein Mensch für das Ergebnis.

Ein anderer politischer Grund für zu knappe Terminschätzungen ist die Konkurrenz zu externen Anbietern, in die einzelne Projekt-Teams gesetzt werden („Outsourcing“). Auf dem Papier bieten externe Firmen billiger an, womit die Kostensenkungspläne von Führungskräften scheinbar erfüllt werden. In der Realität sind dann aber nach Einführung eines Software-Systems die Kosten für Wartung und für die Realisierung von Änderungswünschen entsprechend höher.

Interessen des BMW-Vorstandes

Aus firmenpolitischen Gründen macht der Vorstand der BMW AG Vorgaben zur Arbeitszeit. Lange Zeit hat er dabei die Verlängerung der Arbeitszeit angestrebt. So äußerte sich der damalige BMW-Chef von Kuenheim im Aktionsbrief erstes Halbjahr 1988: „Wir brauchen die Mehrarbeit; die 40- oder 45-Stunden-Woche sozusagen, und dies nicht nur für die leitenden Mitarbeiter, für die noch längere Arbeitszeiten schon seit Jahren die Regel sind. Es darf nicht angehen, daß junge Entwicklungsingenieure um 16 Uhr ihre Arbeit einstellen müssen.“

Intern wurde offen zugegeben, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit das Ziel verfolgt wird, Kosten für Schulung, Einarbeitung usw. zu sparen. Denn diese sind um so geringer, je länger die Beschäftigten arbeiten.

Ein weiterer Grund liegt in der Projektarbeit selber. Je mehr Leute an einem Projekt sitzen, desto höher wird prozentual der nötige Verwaltungsaufwand. Alle Beteiligten müssen über alle neuen Absprachen informiert werden. Verhindert werden muß zudem, daß zwei Programmierer dieselbe Arbeit tun oder aber daß zwei aneinander vorbei arbeiten. Es kommt billiger, wenn weniger Kollegen dies unter sich regeln.

Die Verlängerung des Arbeitstages erlaubt es auch, Spezialisten unbezahlt arbeiten zu lassen. Bei einer Arbeitszeit ab etwa neun Stunden am Tag wird ein

Abschalten von der Arbeit immer schwerer möglich. Auch daheim oder beim Spazierengehen werden die hochkomplizierten Probleme im Kopf rumgewälzt. Über Lösungsmöglichkeiten wird weiter gegrübelt, die dafür aufgewandte Zeit aber ist „Freizeit“ und wird nicht bezahlt.

Um lange Arbeitszeiten durchzusetzen, wurde der ungeheure Termindruck als Druckmittel verwendet. Bei den alle ein bis zwei Jahre stattfindenden Umgruppierungen von Abteilungen wurde zunehmend vorgeschriven, wieviel Personal dabei einzusparen war. Projekt-Teams, die sich nicht genug gewehrt haben, mußten mit weniger Leuten die Termine erfüllen und durften dann entsprechend länger arbeiten. Leistungsdruck entstand durch die Vorgesetzten, die den Terminrahmen abverlangt haben. Bei wachsendem Arbeitsumfang war die Durchsetzung von neuem Personal fast unmöglich, lediglich untereinander konnten sich die Abteilungen Personal abjagen. Dieser Druck führte dazu, daß mehr oder weniger offen Mehrarbeit fest eingeplant wurde, z.B. indem Änderungen, die sich während der Realisierung ergeben, nicht in die Zeitplanung mit aufgenommen wurden.

Im Tarifbereich führten die Bemühungen des BMW-Vorstandes wie auch von weiteren Unternehmern zur Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für einen Teil der Beschäftigten. Im AT-Bereich gibt es ab der zweituntersten Gehaltsgruppe G9 Regelungen, wonach sich die Arbeitszeit danach richtet, was zur Erledigung der anstehenden Aufgaben erforderlich ist. Dies ist praktisch immer bedeutend mehr als 40 Stunden in der Woche.

Seit etwa 1992 ist allerdings eine Wende in den Vorgaben des Vorstandes eingetreten. Großer Bedarf an neuen Systemen besteht nicht mehr. Außerdem werden Neuprojekte ohnehin nur noch selten genehmigt, da im Moment die Ertragslage nicht allzu rosig ist. Das bedeutet aber, daß zumindest jetzt zuviel Personal da ist.

Allerdings scheut sich das Unternehmen noch vor Entlassungen. Wichtiger Grund dafür ist die Sorge um das Image. Sicher spielt aber auch der Wunsch eine Rolle, eingearbeitetes Personal für bessere Zeiten vorzuhalten. Womöglich schwingt auch die Besorgnis vor den Risiken sozialer Konflikte mit. Die Diskussion um „Schlanke Produktion“ hat zu einer gewissen Verunsicherung des Vorstandes geführt, der sich selber daran vollmundig beteiligt hat mit Sprüchen wie „Hochleistungorganisation ist ohne motiviertes, qualifiziertes und intelligent eingesetztes Personal nicht realisierbar“. Natürlich sind Entlassungen nicht besonders motivierend, sie als intelligenten Personaleinsatz zu bezeichnen, erfordert gewisse geistige Verrenkungen.

Um trotzdem Personalkosten zu sparen, gibt es zu den Arbeitszeiten jetzt eine neue Devise: sie sollen wieder kürzer werden. Diese Devise wurde auch vom Betriebsrat eingefordert. Im Tarifbereich werden Überstunden nicht mehr genehmigt. Die Arbeitszeiten derjenigen, die 40 Stunden gearbeitet haben, wurden 1993 auf 39 Stunden und ab Beginn 1994 auf 38 Stunden gesenkt.

Im April dieses Jahres wurde den Mitarbeitern sogar mitgeteilt, daß der Vorstand eine „Teilzeitoffensive“ beschlossen habe, bei der das Motto „Jeder

Wunsch wird erfüllt (soweit betrieblich sinnvoll) gelten soll. In Anbetracht der vorhandenen Personalabbaupläne kann aber diese „Offensive“ so enden wie bei der Münchner Firma Rohde & Schwarz, die zunächst ebenfalls großzügig Teilzeit angeboten hatte. Als Rohde & Schwarz später Beschäftigte entlassen wollte, wurden diejenigen, die das Angebot angenommen hatten, gefragt, ob sie nicht ganz gehen wollten, weil sie ja ohnehin nur Teilzeit arbeiten würden. Der BMW AG wird ein derartiges Vorgehen ebenfalls zugetraut.

Interessen der Beschäftigten

Bei den Beschäftigten lassen sich drei Gruppen ausmachen, die allerdings nicht scharf voneinander getrennt sind:

Zunächst gibt es eine nicht sehr große Minderheit, die längere Arbeitszeiten ablehnt. Gründe dafür sind in der Regel die für die Familie benötigte Zeit oder aber zeitintensive Freizeitinteressen. In dieser Gruppe ist das Bedürfnis nach kürzeren Arbeitszeiten verbreitet. Mitglieder einer zweiten Beschäftigtengruppe sind da moderater. Für sie ist die Freizeit zwar ebenfalls wichtiger als die Arbeit. Sie sind aber auch bereit, länger zu arbeiten, wenn es der Projektverlauf erfordert oder wenn die Vorgesetzten dies von ihnen verlangen. Über die von oben angeordneten Arbeitszeitverkürzungen waren sie aber erfreut. In beiden Gruppen wird der Zustand, der eintritt, wenn der Termin eines Projektes eng und Arbeiten rund um die Uhr erforderlich werden, als unangenehm und als vermeidenswert empfunden.

Daneben gibt es allerdings auch noch eine dritte Gruppe, die im Moment wahrscheinlich sogar die zahlenmäßig größte ist. Mitglieder dieser Gruppe wollen länger arbeiten. Das wichtigste Motiv dafür ist, daß ihnen ihre Arbeit Spaß macht.

Dieses Phänomen, das im gewerkschaftlichen Denken nicht so recht Platz hat, gibt es nicht nur bei der Arbeit in Projekten. Dort ist es jedoch besonders häufig. Arbeit kann dann Spaß bringen, wenn man eigene Ziele in der Arbeit verfolgen und selber bestimmen kann, wie sie umgesetzt werden. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist außerdem, ob ständig neue Probleme zu lösen sind, die verhindern, daß langweilige Routine eintritt. Dies Bedingungen sind in Projekten meistens erfüllt. Der Zustand, rund um die Uhr von einer Arbeit gefangen zu sein, kann — anders als in den beiden anderen Beschäftigtengruppen — sogar als Genuß empfunden werden. Das Gefühl, eigenständig etwas gestalten zu können, kann wie ein Rausch wirken. Das Überschreiten der Grenze zur Sucht ist dabei möglich, erfolgt aber nichtzwangswise.

Es gibt aber auch noch weitere Motive für den Wunsch, länger zu arbeiten. So wollen Kolleginnen und Kollegen, die frisch von der Hochschule kommen, oft ihr erworbenes Wissen anwenden. Nach dem Studium oder auch bei Gründung einer Familie besteht ein erhöhter Geldbedarf.

Wie lange das Bedürfnis nach langen Arbeitszeiten anhält, hängt stark von Lebenserfahrungen wie auch von der Lebenssituation ab. Wer sich in ein Projekt voll reingehängt hat, das dann vor Fertigstellung eingestellt wird und im Papierkorb landet, verliert in der Regel die Lust an größerem Arbeitseinsatz. Meistens bei Kolleginnen, manchmal auch bei Kollegen sinkt das Bedürfnis nach langen Arbeitszeiten, wenn sie sich Kinder angeschafft haben. Ältere Kollegen gelangen leicht zu der Auffassung, daß sich jetzt mal die Jungen austoben sollen.

Für Kolleginnen und Kollegen, die lange arbeiten wollen, ist im Tarifbereich kein Platz. Ein Ausweg ist der AT-Fortsetzung Seite 16

MANAGEMENT IN DER KRISE

Sind Führungspositionen heute noch erstrebenswert?



Eine Veröffentlichung der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle München

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
(Franz Oeckl, Hans Waschkau)	
„Führung“ im Unternehmen	
Wozu benötigen Firmen Führungskräfte?	4
(Hans Waschkau)	
Geschichte der Management-Systeme — Überblick ..	5
(Otto Büttner-Jacobs)	
Führungsethik — Nötig gegen ökologische Kritik, zufest und demokratisch	8
(Hans Waschkau)	
Subjektive Gründe für und gegen Führungspositionen	
Was macht Karriere attraktiv? Gibt es auch Schattenseiten?	10
(Hans Waschkau)	
Gibt es Möglichkeiten, Karriere mit Familie und Freizeit zu vereinbaren?	12
(Franz Oeckl)	
Der Wahnsinn der Normalität	13
(Michael Richter)	
„Führung“ im Umbruch	
Führung in der Massenproduktion — Kritik des MIT ..	14
(Hans Waschkau)	
„Unternehmerisches Führen“ statt „Schlanke Produktion“	17
(Hans Waschkau)	
Ein typisch deutscher Beitrag zu „Lean Production“ ..	19
(Hans Waschkau)	
„Lean Management“ bei BMW: Bitte nicht zu radikal	21
(Hans Waschkau)	
Kritik und Reformvorschläge zu „Führung“	
Kommunikation und Motivation in Theorie und Praxis ..	24
(Burghardt Burandt, Irene Schegk)	
Soziolethische Skizzen zur Führungsethik	29
(Hans-Gerhard Koch)	
Frauen führen anders — Vorteile eines neuen Führungsstils	31
(Gisela Burghardt)	
Arbeit im Jahr 2000	33
(EDV-Arbeitskreis)	
Informatik und Verantwortung	34
(Hans Waschkau)	
Macht und Herrschaft aus der Sicht eines Naturwissenschaftlers	35
(Wolfgang Hinderer)	
Projektmanagement als Führungsinstrument	39
(Stefan Bergmeir)	
Sind bessere Manager das Rezept gegen Management-Fehler?	40
(Hans Waschkau)	
Vorschläge für tarifliche Regelungen	
Einige tarifpolitische Konsequenzen aus Hierarchieabbau	42
(Franz Oeckl)	
Entgeltgruppen im Zwiespalt	44
(Hans Waschkau)	
Kollektive Normen in Tarifverträgen können Probleme bereiten	48
(Hans Waschkau)	
Können Quoten gegen Frauen-Diskriminierung helfen?	50
(Hans Waschkau)	

Vorgestellt: Eine Broschüre des Arbeitskreises Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler der IG Metall in München

Die Broschüre, 54 Seiten, Format DIN-A4, auf die wir hier aufmerksam machen wollen, enthält Ergebnisse einer Diskussion, die im Arbeitskreis Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler bei der IG Metall München nun schon bald drei Jahre läuft.

München sieht sich als High-Tech-Zentrum, als Stadt mit hohem Kulturniveau und Freizeitwert. Hintergrund ist die Wirtschaftsstruktur der Stadt. Die Gruppe technisch-wissenschaftlich vorgebildeter Arbeitskräfte, die weit über dem Durchschnitt verdienen kann und auf hohem Niveau konsumiert, ist in den letzten Jahrzehnten beständig gewachsen. Erst in den letzten Jahren, angestoßen vielleicht durch die Strukturkrise, nimmt die Unzufriedenheit dieser in allen Äußerlichkeiten so offensichtlich begünstigten Lohnabhängigen mit ihren Arbeitsverhältnissen neue Gestalt an.

Die klassische Bewältigung der persönlichen Laufbahn- und Arbeitskrisen geschah durch Betriebswechsel und verstärkte Laufbahnbestrebungen. Inzwischen entwickelt sich je-

doch eine Kritik, die beachtet, daß Arbeitskräfte, auch wenn sie in Systeme der Führung eingeordnet sind, im wesentlichen als Lohnabhängige funktionieren müssen. Es kommt zu einer Rückbeziehung auf die Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung wird als eine Chance gesehen, über die Gestaltung von Arbeitsbeziehungen reden zu können.

Die klassischen Konfliktstoffe der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung sind: der unzureichende Lohn. Je die DM Einnahme ist mit DM 1,10 Ausgaben vorverplant. Die Überanstrengung bis zum körperlichen Schmerz. Der Mensch verschleißt, altert und stirbt vor der Zeit. Der Stumpfsinn bis ins kleinste vorgeschriebener Arbeitsaufgaben, gepaart mit höchsten Anforderungen an die Konzentration.

Aus der konkreten Erfahrung solcher Konflikte sieht die Berufsaussicht des technisch-wissenschaftlichen Angestellten aus wie eine Erlösung. Generationen von Arbeiterfamilien haben sich und ihren Nachwuchs für eine solche Aussicht diszipliniert. Enttäuschung über das System der Lauf-

bahn, das von der Lockung durch die Führungspositionen lebt, kann, wenn sie in einer kritischen Diskussion verarbeitet wird, zur Enttäuschung über das System der Lohnarbeit beitragen.

In diesem Sinne ist der vielseitigen Broschüre Verbreitung über den Entstehungsort und den unmittelbaren Adressatenkreis hinaus zu wünschen. Sie ist nicht etwa nur für Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler interessant, die von vielen Themen und Standpunkten aus angelegte Broschüre eignet sich für alle, die in der gewerkschaftlichen Arbeit auf dieses Problem stoßen, als Einstieg in eine Diskussion. — (maf)

Einzelne Exemplare können bezogen werden bei:
Hans Waschkau, Weißenburger Straße 36, 81667 München (bitte 3 DM für die Portokosten in Briefmarken beilegen).

Bei Bedarf an größeren Mengen bitte an Franz Oeckl in der Münchner Verwaltungsstelle der IG Metall, Telefon 089/5141142 wenden, da u. U. Kosten übernommen werden müssen.

Projektarbeit bei BMW in der Software-Entwicklung für Fertigungssteuerung

Fortsetzung von Seite 15:

Bereich, wo die Arbeitszeitregelung die von ihnen gewünschten Arbeitszeiten zuläßt. Wer allerdings in den AT-Bereich gewechselt ist, um länger arbeiten zu können, kann seine Arbeitszeit nicht beliebig wieder verringern, da sonst mit negativen Sanktionen oder mittlerweile sogar mit Degradierung gerechnet werden muß.

Welche Interessen sind miteinander vereinbar?

Im Rahmen der Projekte, die bei BMW im Bereich der Fertigungssteuerung durchgeführt werden, sind unterschiedliche Interessen der einzelnen Mitglieder eines Projekt-Teams in der Regel miteinander vereinbar. Dabei gibt es einige Einschränkungen: In Projekten, die etwas größer sind, muß zumindest der Projektleiter sich in die Arbeit reinhängen und für unerwartete Vorkommnisse seine Freizeit als Puffer einsetzen, um reagieren zu können. Bei großen Projekten mit mehreren Mitarbeitern wird der Projektleiter mit einer 36-Stunden-Woche wahrscheinlich nicht auskommen. Solange sich aber Mitarbeiter finden, die dazu bereit sind, schließt dies die Mitarbeit von Kolleginnen und Kollegen nicht aus, denen kürzere und geregelte Arbeitszeiten liebärsind.

Nicht vereinbar sind die Interessen der Beschäftigten mit den globalen Vorgaben des Vorstandes, da die Interessen einer Beschäftigtengruppe immer verletzt werden. Und wenn sich die Vorstandentscheidungen ändern, ist sofort die nächste Gruppe bedroht. So setzt beispielsweise die „Teilzeitoffensive“ des Vor-

standes durchaus bei vorhandenen individuellen Bedürfnissen an. Bei Kolleginnen und Kollegen, die sich Arbeiten in Teilzeit vorstellen können, gibt es aber die Besorgnis, ob diese Möglichkeit auch dann noch besteht, wenn sie sich in einigen Jahren tatsächlich dafür entscheiden. Zu offensichtlich handelt es sich bei der „Teilzeitoffensive“ um verkappte Kurzarbeit.

Auch die vom Betriebsrat erhobene Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, um Entlassungen vorzubeugen, verletzt die Interessen eines Teils der Belegschaft. Verständlich ist zwar, daß unter dem Druck der Krise solche Forderungen gestellt werden. Besorgnisregend ist aber, daß die Interessen der Kollegen, die länger arbeiten wollen, nicht wahrgenommen werden oder daß die Kollegen sogar als unsolidarisch diffamiert werden. Notwendig wäre doch vielmehr, darüber nachzudenken, wie Lösungen aussehen könnten, die allen Kolleginnen und Kollegen gerecht werden.

Die Verletzung der Interessen eines Teils der Belegschaft — insbesondere im Angestelltenbereich — durch den Betriebsrat dürfte einer der Gründe dafür sein, daß das bisher vorhandene Vertrauen von Angestellten in die IG-Metall-Vertreter im Betrieb abzubrücken beginnt. Bei der Betriebsratswahl im Frühjahr erhielt am Standort Mün-

chen eine gegen die IG-Metall-Liste kandidierende Angestellten-Liste auf Anhieb etwa ein Viertel der Angestelltenstimmen. Besonderes programmatisches Profil hatte diese Liste nicht, ihr wichtigstes Merkmal war ihre Opposition gegen die IG Metall.

Gewerkschaftlicher Handlungsbedarf in Projekten

Arbeitszeit

Gewerkschaftliches Handeln, das sich den Interessen aller Beschäftigten verpflichtet fühlt, müßte darauf hinwirken, daß Projekte so ablaufen, daß sie den Bedürfnissen aller Teilnehmer der Projekt-Teams gerecht werden. Für die Arbeitszeit bedeutet dies, daß jeder Mitarbeiter in einem Projekt das Recht haben muß, die Länge der Arbeitszeit selber zu bestimmen (für die gesamte Projektdauer oder bei langen Projekten jeweils für Teilabschnitte). Das bedeutet, daß tariflich Arbeitszeiten möglich sein müssen, die länger als vierzig Stunden in der Woche sind. Umgekehrt muß aber auch ein Recht auf kürzere Arbeitszeiten als die tariflich vereinbarten bestehen.

Meistens besteht in Projekten die Tendenz, die Neigungen der einzelnen

Stanz der Beschäftigten angerufen werden können.

Bezahlung

Auch wenn die bisherigen Überlegungen zur Arbeit in Projekten vor allem das Problemfeld Arbeitszeit im Blickwinkel hatten, ergeben sich daraus auch Konsequenzen für die Entgeltgrundsätze. Denn die Arbeit von jemandem, der seine festen Arbeitszeiten hat und für die Risiken des Projektverlaufs nicht geradestehen muß, ist nicht gleichwertig mit der Arbeit von jemandem, der sich verantwortlich darum kümmert, ob ein ganzes Projekt oder eine Teilaufgabe abgeschlossen wird. Die Arbeitszeit bzw. die Arbeitsstunde sollte daher auch unterschiedlich bezahlt werden. Da es möglich sein muß, z.B. bei Wechsel des Projektes auch den Verantwortungsgrad zu wechseln, wäre es unflexibel, dies über unterschiedliche Gehaltsgruppen zu regeln. Es muß ein Entgelt-System geschaffen werden, bei dem dies problemlos möglich ist.

Perspektiven der Projektarbeit

Projektarbeit ist eine Arbeitsform, die der Macht von Führungskräften, die in Projekten nicht mitarbeiten, Schranken setzt. Ein Projekt, dessen Ziel die Entwicklung eines Systems zur Steue-

lung einer speziellen Fertigung ist, wird um so besser, je enger Entwickler und unmittelbare Anwender zusammenarbeiten. Führungskräfte, die sich dazwischenstellen, bewirken im günstigsten Fall nichts Positives. Meistens richten sie aber mehr oder weniger großen Schaden an. Wenn sie sich einbilden, den Anwendern vorzuschreiben zu

können, was diese für Systeme brauchen, kann dabei sogar grober Unfug herauskommen. In der Arbeitsform Projekt gibt es daher eine starke Tendenz, daß die Beteiligten alles Nötige unter sich regeln. Gewerkschaftliche Arbeit, die sich den Interessen der Beschäftigten verpflichtet fühlt, muß dies unterstützen. Vorgaben von Führungskräften (z.B. über Termine oder über die zu erbringende Leistung) sind daher kein geeigneter Ansatzpunkt zur Vertretung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen, die in Projekten arbeiten. Versuche von Betriebsräten, sich dort einzuklinken, laufen darauf hinaus, Führungskräfte um einen Ersatzvormund zu ergänzen.

Stellenwert von besserem Projektmanagement

Das Bemühen von Projekt-Mitarbeitern, alle für das Projekt nötigen Dinge untereinander bzw. zusammen mit dem Anwender zu regeln, kann durch bessere Projektmanagement-Methoden unterstützt werden. Über die Erfolgsaussichten darf man sich aber keine Illusionen machen. Durch besseres Projektmanagement können zwar Verbesserungen bei der Planung von Projekten erzielt werden. Von dem Mythos, alles sei planbar, auch eine Arbeit, bei der Inhalt und Umfang unbekannt sind, wird man sich aber verabschieden müssen.



TERMINE

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen, Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.9. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront nach den Bundestagswahlen. Die Jahrestagung ist verbunden mit einem a.o. Bundeskongress der Volksfront zur Beschußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, Jugendherberge Köln-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Ayslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66,

50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722,

68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139,

80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg),

Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1,

04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czemsinst. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötz; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 021 / 21 16 58, Fax: 021 / 21 53 73, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 24 69 15.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 021 / 21 16 58, Fax: 021 / 21 53 73, Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Czemsinst. 5, 10829 Berlin, Tel. 030 / 781 222, Fax: 030 / 784 8925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381 39, Fax: 040 / 389 8331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 352 0816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 021 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 502 65 41, Fax: 089 / 502 8112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624 701, Fax: 0711 / 621 532.